

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 20 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 16.

Donnerstag, den 20. Januar 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Abwärts und aufwärts!

Nun hat auch die dritte der linksliberalen Parteien zur liberalen Einigung Stellung genommen. Der Zentralausschuß der Freisinnigen Volkspartei hat Sonnabend und Sonntag die Frage der Einigung, sowie Programm und Organisation der neuen Partei beraten. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die sich für den Zusammenschluß der drei linksliberalen Parteien ausspricht. Der Parteitag der Freisinnigen Volkspartei soll am 5. März und der konstituierende Parteitag der neuen Partei am 6. März in Berlin stattfinden.

Die bisherige bürgerliche Demokratie ist im Begriff zu verschwinden und in der allgemeinen Verschwommenheit des „Freisinn“ resp. „Liberalismus“ aufzugehen. In Norddeutschland bestand sie nur aus versprengten Trümmern; in Süddeutschland verfügte sie noch über Organisationen und Presseorgane, namentlich über die weitverbreitete und einflussreiche „Frankfurter Zeitung“. Sie war ein Überrest des Jahres 1848, wenngleich sie mit Unrecht behauptete, daß sie allein die Traditionen jener großen Freiheitsbewegung aufrecht erhalte. Denn damals hat es verschiedene Richtungen gegeben, und für die Reichsverfassung von 1849 haben Monarchisten, Republikaner, Demokraten und Sozialisten gekämpft.

Im Jahre 1868 gab sich die deutsche bürgerliche Demokratie, die sich auch Volkspartei nannte, ein neues Programm, und es ist nicht uninteressant, heute darauf zurückzukommen, daß es auch damals in Hamburg noch eine nicht unbedeutende demokratische Strömung gab. Nachdem die von der Hamburgischen Konstituante von 1848 geschaffene demokratische Verfassung vom Senat durch List beseitigt worden und später die von Dr. Trittau, Dr. Kee, Martens und andern geführte an den 48er Traditionen festhaltende hamburgische Demokratie in den Verfassungskämpfen gegenüber einem starkköpfigen und prozigen Patriziertum ebenfalls unterlegen, suchte der Demokratische Verein zu Hamburg Fühlung mit der übrigen Demokratie Deutschlands, um dadurch neuen Einfluß zu gewinnen. Im Auftrag des Vereins schrieb Dr. jur. S. A. Kambach an Dr. Johann Jacoby in Königsberg und legte dem „Altmeyer der Demokratie“ einen Organisationsplan vor. Jacoby billigte diesen, hielt aber die Schaffung eines Programms für die Hauptfache, dessen Grund er in einem Schreiben an Dr. Kambach entwickelte. Aus diesem Schreiben ersieht man, wie weit sich die bürgerliche Demokratie von ihren ursprünglichen Grundanschauungen entfernt hat, indem sie in den verwachsenen „Freisinn“ aufgeht.

Jacoby hatte in seiner Berliner Rede vor seinen Wählern am 30. Januar 1868 eine scharfe Kritik an der deutschen Demokratie geübt; er warf ihr Mangel an Treue und Entschiedenheit vor und tadelte einen Teil seiner Partei, der in der schleswig-holsteinischen Frage das Selbstbestimmungsrecht der dortigen Bevölkerung mißachtet habe. „Die Freiheit sei wichtiger als die Einheit!“ betonte er bei jeder Gelegenheit.

In dem Briefe an Kambach stellte nun Jacoby als das Ziel der deutschen Volkspartei auf:

„Umgestaltung der bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Zustände im Sinne der Freiheit, gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt.“

Als Konsequenz dieses Fichte'schen Satzes forderte er „auf politischem Gebiete die volle, unbedingte Selbstregierung des Volkes“. Auf einen Entwurf des Sozialisten Rittinghausen ergänzte er dies dahin, daß unter diesem Begriff auch die direkte Gesetzgebung durch das Volk falle. Alsdann forderte er:

„Auf dem sozialen Gebiete ist die Teilnahme aller an dem allgemeinen Wohlstande, die annähernd gleichmäßige Verteilung der materiellen Güter zu erstreben. Das ist aber nur möglich bei gerechter Verteilung des Produktionsertrages zwischen Kapital und Arbeit.“

Man sieht, daß Johann Jacoby noch nicht so weit gelangt war, die Wurzel der kapitalistischen Ausbeutung in der Produktionsform selbst zu suchen. Den Besitz der Produktionsmittel ließ er unangefastet. Aber er verlangte für den Arbeiter „den ihm gebührenden Anteil an dem Produktionsertrage.“ Aber er war schon auf dem Wege zum Sozialismus, und in der Tat trat er vier Jahre später, anlässlich des großen Leipziger Hochverrats-Prozesses, der sozialdemokratischen Partei bei.

„Auf dem nationalen Gebiete“, fügte er hinzu, „hat die demokratische Partei das jedem einzelnen Volksstamm zustehende Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung anzu-

Auf ihrem Stuttgarter Kongreß im September 1868 nahm alsdann die Deutsche Volkspartei folgende Leitsätze an: „1. Die Deutsche Volkspartei bekennt sich zu den demokratischen Prinzipien der Freiheit und Gleichheit und verlangt die gleichartige Mitwirkung aller Staatsbürger bei Verfassung und Verwaltung, sowie Durchführung der Selbstregierung des Volkes im Staate. 2. In nationaler wie internationaler Beziehung anerkennt sie den jedem Volksstamm zustehenden gleichen Anspruch auf Selbstbestimmung. Sie erstrebt einen auf Freiheit gegründeten Bundesstaat sämtlicher deutschen Stämme, einen Friedens- und Freiheitsbund aller Völker. Sie anerkennt, daß die staatlichen und gesellschaftlichen Fragen unzerrenbar sind und daß sich namentlich die wirtschaftliche Befreiung der arbeitenden Klassen und die Verwirklichung der politischen Freiheit gegenseitig bedingen.“

Für die arbeitenden Klassen verlangte die Volkspartei Koalitionsfreiheit, Einschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit, nationale und internationale Arbeiterchutzgesetzgebung und einen zehnstündigen Normalarbeitstag. Der letztere wurde auch in dem veränderten Programm von 1897 beibehalten.

Jacoby's Einfluß ist hier sehr bemerkbar. Diese Demokratie blieb zwar auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft stehen, aber sie kannte auch keine Furcht vor dem „roten Gespenst“. So wie sie ursprünglich gedacht war, hätte sie, wenn sie Bedeutung gewinnen, die Fortentwicklung zum Sozialismus sehr fördern können.

Aber das deutsche Bürgertum in seiner großen Masse konnte sich nach der großen Niederlage von 1848 nicht mehr zu solchen Prinzipien erheben. Die kapitalistische Entwicklung tat das übrige, und so blieb diese deutsche Demokratie stets ein kleines Häuflein, von dem nach ein größerer Teil die im Programm ausgesprochenen Grundsätze nicht ernst nahm oder aus Furcht verleugnete. Je mehr die sozialistische Bewegung erstarkte, desto mehr nahm in der bürgerlichen Demokratie die Spießbürgerei überhand.

In den seit der Schaffung des alten demokratischen Programms verfloßenen vier Jahrzehnten ist diese Demokratie eine schiefe Ebene unaufhaltsam hinabgeglitten, auf der sie beim Freisinn angelangt ist und im Laufe der Weiterentwicklung beim Nationalliberalismus anlangt.

Was vorher schon tatsächlich der Fall war, ist mit der Verschmelzung der drei linksliberalen Fraktionen nun auch formell bestätigt: der Kampf für die politische und ökonomische Befreiung unseres Volkes fällt ausschließlich der Arbeiterklasse zu. Sie füllt in sich die Kraft, diesen Kampf allein aufzunehmen und durchzuführen. Sie wird sich an die Worte Lassalles erinnern, die dieser in seinem „Arbeiterprogramm“ aussprach, als er dem deutschen Proletariat seine weltgeschichtliche Bestimmung vor Augen führte:

„Die hohe Ehre dieser weltgeschichtlichen Bestimmung muß alle Ihre Gedanken in Anspruch nehmen!“

Politische Rundschau

Deutschland.

Der Reichstag

nahm am Mittwoch zunächst in erster und zweiter Lesung den Handelsvertrag mit Bolivien an. Genosse S i d e k u m warf bei der Gelegenheit einen Blick auf die für die deutsche Spielwarenindustrie sehr bedrohlichen hochschulgöllnerischen Bestrebungen in Frankreich.

Der weitaus größte Teil der Sitzung wurde durch die Beratung der freisinnigen Interpellation über die schikanöse Handhabung des Vereinsgesetzes ausgefüllt. Begründer der Interpellation war Herr Müller-Mei n i n g e n. Seit die Freisinnigen sich nicht mehr unter Bülow's Aufsicht mit den Junkern paaren, sind sie gegen polizeiliche, landrätliche und sonstige Gesetzesverletzungen etwas weniger hornhändig geworden, und Müller-Mei n i n g e n hatte in seiner Kritik recht gute Momente. Von dem Vorwurf freilich, der Haupturheber des allen Mißbrauch Tür und Tor öffnenden Vereinsgesetzes zu sein, konnte der große Freisinnsjurist sich nicht reinwaschen. Delbrück's Erwiderung war nach dem bekannten Schema gehalten. Es sind keine Verstöße vorgekommen, soweit aber Verstöße vorgekommen sind, waren sie teils unbedeutend, teils ist Remedur eingetreten. Eindruck mit seinen Ausführungen machte Herr Delbrück wohl nur auf Konservative, Nationalliberale und Antisemiten. Immerhin wollte Herr H i e b e r als süddeutscher Nationalliberaler sich nicht ganz mit dem preußischen Polizeigeist identifizieren, während der konservative Wortführer, der Edle Hans zu P u l l i h, über Zeitverdröbelung schimpfte. Den Herren ist natürlich jede Kritik an den Landräten Zeitverschwendung. Genosse B r e y machte dem

Freisinn auf seine Blockjüden aufmerksam und zeigte an zahlreichen Beispielen aus der Gewerkschaftspraxis, daß das von den Liberalen so gepriesene Vereinsgesetz sich in den Händen der Polizei in eitel Kaustschuk verwandelt. Herr G r ö b e r vom Zentrum rief sich kulturkämpferisch am Landsmann H i e b e r und sagte im übrigen ein paar Wahrheiten über die preussische Polenpolitik. In demselben ausgiebigen Thema beschäftigte sich der folgende Redner, der Pole S t y c h e l, der nicht zu Unrecht erklärte, daß in den Ostmarken polizeiliche Willkür an die Stelle des Gesetzes getreten ist. Durch chaubonistische Albernheiten tat sich G r a e f von der Schackfraktion hervor. Der Däne H a n s e n ergänzte durch Momentbilder aus Schleswig das Gemälde grenzmärkischer Polizeiwilskür, und Herr M u g d a n äußerte sich im Sinne seines Fraktionsgenossen Müller, wobei er in höchst überflüssiger Weise das Vereinsgesetz zu glorifizieren suchte. In perifer Weise verhinderte das Zentrum die Fortsetzung der Debatte am folgenden Tage. So wird man sich dem am Donnerstag über den Justizetat unterhalten. Dem türkischen Parlament wurde eine Beileidskundgebung übermittelt.

In der Budgetkommission des Reichstages

wurde am Mittwoch die Debatte über die in Südwestafrika zu bauenden Bahnen fortgesetzt. Der aufgestellte Plan, wonach für drei Bahnen 76 Millionen Mark aufgewendet werden sollen, fand bei der Mehrheit Zustimmung. Abgeordneter L e d e b o u r machte den Vorschlag, die Einnahmen aus den Diamantfunden zur Deckung der vom Reiche für die Kolonien gemachten Aufwendungen zu benutzen. Er fand aber damit bei den bürgerlichen Vertretern in der Kommission keine Gegenliebe. Der Nachtragsetat für das südwestafrikanische Schutzgebiet wurde vielmehr bewilligt.

Außer den 3 Millionen Mark für den Ausbau der Strecke Karibib-Windhuk wurden 100 000 Mk. für die im Zustande treugelegenen Eingeborenen bewilligt. Im vorigen Jahre waren 50 000 Mk. angesetzt, die aber die gewünschte Zufriedenheit bei den Bergdamatas und Hottentotten nicht erzeugten, sodaß der Staatssekretär einen Anschluß derselben an die Hottentotten bewilligte.

Endlich wurden 1 200 000 Mk. zur Verhinderung des Diebstahls und Schmuggels an Diamanten bewilligt.

Vom Verband zur Vernichtung der Sozialdemokratie.

Der Geschäftsbericht des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie für 1909 ist soeben veröffentlicht worden. Nach diesem Bericht betrug der Zuwachs an neuen Mitgliedern im letzten Jahre 33 492 gegenüber 16 600 im Jahre 1908. 66 neue Ortsgruppen wurden gegründet. Die Gesamtzahl der Mitglieder des Reichsverbandes beträgt 211 000, die Gesamtzahl der Ortsgruppen 702. 786 Versammlungen wurden im letzten Jahre abgehalten. Der Reichsverband besitzt sechs Rednerschulen. In den politischen Kursen, die der Reichsverband im letzten Jahre veranstaltete, nahmen 1100 Leute teil, an Kursen für Lehrer 61. Die veranstalteten 73 Lichtbildervorträge besuchten 16 000 Leute. Die „Korrespondenz des Reichsverbandes“ wurde in 167 200 Exemplaren verbreitet. Im letzten Jahre gab der Reichsverband das hundertste Flugblatt heraus. Von dem Flugblatt „Die neuen Reichssteuern und der Volksbetrug der Sozialdemokratie“ sollen 1 352 250 Exemplare verbreitet worden sein. Ferner wurden 150 000 Exemplare des Volkskalenders verbreitet. Die Neuauflage des Handbuchs für nichtsozialdemokratische Wähler sei bereits vergriffen. Die Bibliothek des Verbandes besitzt 4000 Bände. 24 Rechtsauskunftsstellen zum Teil in Verbindung mit Arbeitersekretariaten wurden errichtet. Und trotz dieser großen und kostspieligen Arbeit lebt die Sozialdemokratie noch und ist sogar, wie alle Wahlen der letzten Zeit zeigten, munter und kräftiger denn je!

Nationalliberale Aufsichtsratspolitik.

In der Budgetkommission des Reichstages kam am Mittwoch durch den Abg. L e d e b o u r zur Sprache, daß der Abg. S e m m l e r dem Aufsichtsrat einer kolonialen Gesellschaft angehört. Das wurde nicht nur zugegeben, sondern die Abg. E r z b e r g e r und v. R i c h t h o f e n erklärten auch, daß ihnen diese Tatsache sehr wohl bekannt gewesen sei. Umso auffälliger ist es, daß keiner von den beiden „Volksvertretern“ darauf aufmerksam gemacht hat, als in der Kommission die Referate verteilt wurden. Denn Herr Semmler ist merkwürdigerweise als Aufsichtsratsmitglied der Plantagenengesellschaft in Südkamerun, die in der Bohlstraße in Berlin domiziliert. Referent der Budgetkommission für unsere sämtlichen Kolonien. Selbstverständlich hätte Herr Semmler auch die Berichterstattung über den Etat ablehnen müssen, denn er kann, da er als Kolonial-Unternehmer ein sehr großes Interesse an dem Ausbau derjenigen Kolonie hat, bei welcher er wirtschaftlich beteiligt ist, in seinen Anträgen, die, wenn sie vom Berichterstatter aus-

gehen, immer eine besondere Beachtung finden, nicht unbedingten sein. Wenn Herr Semmler aber das richtige Gefühl hierfür fehlte, so hätten die Herren Erzberger und v. Richthofen sprechen müssen. Was sagt übrigens die nationalliberale Reichstagsfraktion zu diesem auffälligen Vorgang? Auf dem Parteitag der heftigen Nationalliberalen sprach der aus der Fraktion ausgeschiedene Abg. Freiherr Heyl zu Herrnsheim von Aufsichtsratspolitik. Die gesamte nationalliberale Presse wühlte sich ab, zu beweisen, daß der Wormser Lederkönig auf keinen Fall Mitglieder der nationalliberalen Reichstagsfraktion habe treffen wollen. Jetzt ist es jedenfalls nicht mehr zweifelhaft, wenn der Abg. Heyl zu Herrnsheim gemeint hat, die Konservativen haben gegen die Tätigkeit des Aufsichtsrats Semmler als Referent über den Kolonialetat natürlich nichts einzuwenden. Sie sitzen ja auch in den Kommissionen und bewilligen sich Liebesgaben. Umsonst müssen aber die anderen Parteien gegen diesen Skandal protestieren.

Der Wirtschaftliche Ausschuss als fünftes Rad am Wagen.

Der Handelsvertrag mit Amerika bildet den Gegenstand der Beratungen, zu denen der Wirtschaftliche Ausschuss momentan in Berlin versammelt ist. Amerika verteidigt den Standpunkt, daß die amerikanischen Erzeugnisse bei der Einfuhr nach Deutschland mit besonderer Rigorosität und Fiskalität behandelt werden. Namentlich gilt dies bezüglich der Einfuhr von Fleisch und Fleischwaren. Der Wirtschaftliche Ausschuss wird nun zwar über den Handelsvertrag gehört, die Fleischfrage soll aber seiner Beschlußfassung entzogen werden, und zwar deshalb, weil es sich hier um eine Frage der Sanitäts- und Veterinär-Gesetzgebung handelt. In Wirklichkeit fürchtet offenbar die Regierung, daß der Wirtschaftliche Ausschuss, wenn ihm die Fleischfrage zur Aufwertung vorgelegt werden sollte, sich für eine Erleichterung der Einfuhr erklären würde. Die Agrarier sind im Wirtschaftlichen Ausschuss in der Minorität. Unter diesen Umständen wäre es besser, wenn man den Wirtschaftlichen Ausschuss gänzlich erbt, sondern den Handelsvertrag mit Amerika einfach dem Bund der Landwirte zur Begutachtung überweisen würde. Allem Anschein nach wird man gegen die Fleischimporte aus Amerika wieder eine ganze Menge janitärer Bedenken geltend machen. Die agrarische Gesetzgebung, die dem deutschen Handel und der Industrie schon so schwere Wunden geschlagen hat, soll auf alle Fälle fortgesetzt werden. Wenn dem Wirtschaftlichen Ausschuss in so schwerwiegenden Dingen keinerlei Einfluß eingeräumt wird, dann bildet er tatsächlich doch ein Dekorationsstück, das sehr wohl entbehrt werden könnte. Hoffentlich überflüssig man nicht, daß ein Zollkrieg mit Amerika Deutschland ungeheurer schädigen würde. Denn Amerika kann die Produkte, die in Deutschland hergestellt werden, ganz gut auch aus den anderen Staaten beziehen, während die deutsche Industrie umgekehrt nicht nur auf den Absatz in Amerika, sondern auch auf die Einfuhr von Rohmaterialien aus Amerika direkt angewiesen ist.

Gegen die Sozialreform.

Die „Freikonservative Korrespondenz“ teilt mit:

Die erste Konsequenz aus ihrer politischen Gesamtaufassung ist von der freikonservativen Partei dahin gezogen worden, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, wo neben wirklamer Fürsorge für die heimische Landwirtschaft auch den Interessen unserer Industrie eine sorgsame Pflege gewidmet werden muß. Dies gilt, abgesehen von einer kräftigen Fortentwicklung unserer Verkehrseinrichtungen, vor allem für das Gebiet der Sozialpolitik. Hier muß dafür Sorge getragen werden, daß nicht aus ideologischen oder Wahlrücksichten die Bewegungsfreiheit unserer gewerblichen Unternehmungen weiter in einer, ihre Leistungsfähigkeit beeinträchtigenden Weise beschränkt wird.

Die Freikonservativen, die schon bisher nur sehr laue Freunde der Sozialgesetzgebung waren, werden sich als kühnlich offen gegen jeden weiteren Ausbau dieser Gesetze wenden. Das schließt den Freikonservativen die Gewissheit, daß sie aus dem Wahlfonds der Scharfmacher reichlich mit Geld unterstützt werden.

Für die preussische Wahlrechtsreform

Jed am Dienstag in Magdeburg noch eine glänzende Demonstrations-Versammlung statt. Wohl 4000 Besucher waren erschienen und viele Hundert fanden keinen Einlaß. Der sächsische Landtags-Abgeordnete, Genosse Drescher und der badische Landtags- und Reichstags-Abgeordnete, Genosse Gek, sprachen über die Bedeutung des preussischen Wahlrechtskampfes für die übrigen Einzelstaaten des Reiches. In der Versammlung herrschte eine begeisterte Stimmung. Mit dem Abfingen einer preussischen Wahlrechtsmarzialliste, die zum ersten Male gedruckt wurde, fand die eindrucksvolle Versammlung ihr Ende. Die Polizei hatte zwar zur Aufrechterhaltung der Ordnung eine größere Anzahl Soldaten aufgestellt, verzichtete im übrigen aber zurückhaltend.

Das Inakterparlament.

Am Donnerstag vormittag 11 Uhr findet die erste Sitzung der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses statt. Einarbeiter und Vorsitzender ist der Freiherr v. Erffa. Als Schriftführer vor der Pause war Graf v. der Groben tätig, jetziger Schriftführer ist Herr v. Kessel. Als Punkt 1 wird ein Antrag des Kammerherrn v. Pappenheim verhandelt werden. Für die beiden weiteren Punkte der Tagesordnung jungiert der Kammerherr v. Arnim-3üjedom als Berichterstatter. Dieses kleine Kommittee zeigt, was es mit der Volksvertretung in Preußen auf sich hat; die Inakter machen alles, alle übrigen Mitglieder sind nur Stofflage. Wie lange noch.

Die Vorunterzeichnung gegen den antijememischen Abgeordneten Bruhn,

den Herausgeber der „Wahrheit“, nähert sich ihrem Ende. Nach einer Redung des „Berliner Tageblatts“ wird es zu einer Anklage wegen Erpreßung kommen. Es seien bis jetzt dreißig Fälle festgestellt, durch die Bruhn schwer belästigt wurde. Die Strafverfolgung Bruhns kann nur erfolgen, wenn der Reichstag seine Genehmigung gibt.

Unterstaatssekretär Zwele

ist aus seinem Amte geschieden, sein Nachfolger ist der Direktor im Reichsschatzamt Rühn. Der Rücktritt des Herrn Zwele kommt nicht überraschend, er fühlte sich offenbar dadurch zurückgekehrt, daß er nicht die Leitung des Reichsschatzamtes übertragen erhielt. Jedenfalls wußte er in den Finanzverhältnissen des Reiches gründlich Bescheid.

Die Sorge um die Reichstagsmandate.

Über das Verhältnis der geeinigten Liberalen zu den Nationalliberalen äußert sich der freisinnige Abgeordnete für Bremen, Hornmann, in der „Magdeburgerischen Zeitung“. Herr Hornmann hält es für die wichtigste Aufgabe der Liberalen, dafür zu sorgen, daß bis zu den nächsten Reichstagswahlen eine Verständigung über die zu beobachtende Taktik herbeigeführt wird, dergestalt, daß in keinem Wahlkreise zwei liberale Kandidaten nebeneinander kandidieren. „Wo ein liberaler Kandidat in die Stichwahl kommt, da muß er der Unterstützung des Gesamtliberalismus seines Wahlkreises sicher sein. Derartige Abmachungen lassen sich treffen auf der Basis der gegenseitigen Garantierung des Bestandes.“ Daß es Fälle geben kann, in denen die Verhältnisse so schwierig liegen, daß Kollisionen unvermeidlich sind, gibt Herr Hornmann zu; er ist aber der Ansicht, daß es sich dabei meist um Dinge rein lokaler Natur handelt, die das große Ganze nicht beeinflussen dürfen. Derartige exzeptionelle Fälle sollen daher von vornherein ausscheiden. „Ein solches Abkommen“, heißt es dann weiter, „zwischen den beiden großen liberalen Gruppen ist möglich, das unterliegt keinem Zweifel. Es wird allerdings rascher Tat bedürfen, wenn die Zeit an der unumgänglich nötigen umfassenden Aufklärungsarbeit bis zur nächsten Wahlkampagne ausreichen soll.“

Die Auslassungen des Abg. Hornmann zeigen recht deutlich, wie groß die Angst ist, die der Liberalismus vor den kommenden Wahlen hat. Der ganze Zweck der liberalen Einigungskommittee scheint hiernach nur der zu sein, Mandatschacher zu treiben.

Blamierte Wahlrechtsverschlechterer.

Das Oberverwaltungsgericht hat Dienstag die in Norddorf auf Grund freisinniger Wahlrechtsverschlechterungen aufgestellten Wahllisten für ungültig und damit die Wahlrechtsverschlechterungen selbst für ungesetzlich erklärt. Es müssen daher Neuwahlen vorgenommen werden, der die Wahllisten zugrunde gelegt sind, die nach dem bisherigen Prinzip der Steuerbeitragsaufstellung aufgestellt werden.

Behördliche Wahlbeeinflussung.

Die Wahl des Abg. Kaphengst im Wahlkreise Frankfurt 5, Ost- und West-Sternberg, war vom Plenum des Reichstags wegen formeller Mängel im Bericht an die Wahlprüfungskommission zurückverwiesen worden. Ein Amtsvorsteher hatte einen Wahlauftrag für Kaphengst unter Befügung ihres Amtsscharakters unterzeichnet. Die Kommission sah dies nach der bisherigen Praxis für eine amtliche Wahlbeeinflussung an und beschloß, die Wahl für ungültig zu erklären. Im Bericht hieß es nun, daß Erhebungen angestellt werden sollten, welche Orte zum Amtsbereich dieser Amtsvorsteher gehören. Über die Kommission hatte diese Orte selbstständig festgestellt, wie sie dies auch schon früher getan. Nun war der unheimliche Ausdruck im Bericht stehen geblieben, außerdem war auch das betreffende Flugblatt im Bericht nicht abgedruckt. In der Wahlprüfungskommission wurde nun am Mittwoch in dieser Angelegenheit verhandelt. Dabei rückten die Konservativen abermals die prinzipielle Frage auf, ob die Unterzeichnung eines Wahlauftrags durch Amtsvorsteher unter Befügung ihres Amtsscharakters für amtliche Wahlen als Beeinflussung zu betrachten sei. Den Konservativen und Reichsparteilern traten die Nationalliberalen bei, die Freisinnigen spalteten sich. Der freisinnige Abg. Gynling trat den genannten Parteien bei und bekämpfte die bisher — mit Ausnahme des Falles Enders — von den Freisinnigen mitgeteilte Praxis. Es wurden alle bekannten Argumente für und gegen die bisherige Prüfungsmethode ins Feld geführt. Die Debatte war sehr lebhaft und füllte fast die ganze Sitzung aus. Die Kommission entschied sich dann mit 8 gegen 6 Stimmen für Verbeibehaltung der bisherigen Praxis und erklärte die amtliche Beeinflussung für unerblich. Sie trug den beiden Referenten auf, aus dem Gemeinde-Verzeichnis festzustellen, ob die in Wahlprotokoll genannten Orte zum Amtsbereich der unterzeichneten Amtsvorsteher gehören und beschloß ferner, daß das betreffende Flugblatt dem Bericht an das Plenum beigegeben werde. Nach dieser Feststellung wird sodann am Donnerstag die Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl getroffen.

Nach dem badischen Landtage.

In der gestrigen Sitzung beantragte der sozialdemokratische Abgeordnete Wilt die Streichung von 25 000 Mark, die für die Ordenskanzlei im Etat eingestellt sind. Antragsteller begründete seinen Antrag damit, daß die Kreise, die Wert auf Ordensauszeichnung legen, diese auch bezahlen können. Der Antrag wurde abgelehnt. Für ihn stimmten nur die Sozialdemokraten und einige Demokraten.

Ferner wurde von sozialdemokratischer Seite beantragt, die für die Gefandtschaften in Berlin und München angeforderte Summe von 89 170 Mk. zu streichen. Zur Begründung wurde ausgeführt, daß der Gefandte in Berlin nicht vermocht habe, das in den geplanten Schiffsabgaben liegende Utentat auf die Rechte Badens zu verhindern. Der sozialdemokratische Redner holte sich für diese Äußerung einen Ordnungsruf und der Antrag wurde abgelehnt. Gleichfalls abgelehnt und zwar mit 33 gegen 31 Stimmen wurde ein demokratischer Antrag, die Gefandtschaft in München einzuziehen.

Viersteuer und Vierkonium.

In der Kommission des badischen Landtages zur Vorberatung der Viersteuer teilte die Regierung mit, daß der Vierkonium in Baden im letzten Jahre so stark zurückgegangen sei, daß mit einem Steuerertragsausfall von 500 000 Mk. gerechnet werden müsse.

Italien.

Genosse Costa. Aus Smoia, den 19. Januar, wird gemeldet: Andrea Costa, Vizepräsident der Kammer und Minister der sozialistischen Deputierten Stätten, ist

gestorben. Genosse Costa war einer der eifrigsten und fähigsten Vertreter unserer Sache in Italien.

Rußland.

Die Begnadigung der Wädigen. Den Führer des eck-russischen Volksverbandes ist nun gelungen, mit Hilfe des Justizministers Herrn Stscheglowitow die Begnadigung der Wädigen — Polownew und Inskewitsch-Krawskowsky — durchzusetzen. Nicht umsonst hat Herr Dubrowin das Hauptquartier des Generalrates der Schwarz-hundertchaften während des ganzen Sommers und Herbstes in Soltta in unmittelbarer Nähe des Zaren — aufgeschlagen. Die Freundschaft Dumbabes, des Tyrannen von Soltta, hat zum Erfolg beigetragen. Auch Stscheglowitow wollte gern seine erschütterte Stellung befestigen und zugleich sich an der rebellischen Duma rächen, die sich erdreistete, ihr Mißtrauensvotum gegen seine verderbliche Justizpolitik auszusprechen. Er hat richtig berechnet: sein Liebesdienst an die Verbändler, so wie die neue Herausforderung an die Opposition werden sein Akzio erhöhen. Warum sollte man aber den Polownew und Inskewitsch auch nicht begnadigen? Es ist doch beinahe schon zur Regel geworden, daß sämtliche Pogrommacher, wie viele unschuldige Opfer sie auf ihrem Gewissen auch haben mögen, begnadigt werden. Nicht als Buße tuende Sünder, sondern als Helden kehren sie dann in ihren Kreis zurück, um die unterbrochene Arbeit — die ihnen doch auch die hohe Gnade verschafft — munter fortzusetzen. — Drei Jahre lang hatte die mühevoll, ja mit Selbstaufopferung verknüpfte Untersuchung in Sachen der Ermordung Herzensteins gedauert. Das Verbrechen wurde aufgeklärt; der Verbrecher festgenagelt. Polownew und Inskewitsch wurden zu je 6 Jahren Zuchthaus verurteilt. Den dritten im Bunde — Herrn Dubrowin — weigerte sich der russische Justizminister anzuliefern. Polownew hat von seiner Strafe acht Monate, Inskewitsch gar vier Monate abgehört. Jetzt kehren sie als Märtyrer des Patriotismus, von der Sonne der Gnade bestrahlt, in ihre Heimat zurück. Sie waren früher beide in der „Ohrana“ angestellt; jetzt werden sie rasch avancieren und kommen vielleicht nächstens als bewährte Agenten ins Ausland.

Türkei.

Das türkische Parlamentsgebäude durch Feuer eingedestert. In dem als Parlamentsgebäude dienenden Sijiraganpalast zu Konstantinopel brach am 19. Januar um 11 1/2 Uhr vormittags durch Explosion eines Heizapparates in den Räumen des Senats Großfeuer aus. Infolge heftigen Windes griffen die Flammen rasch um sich und breiteten sich auf das ganze Gebäude aus. Die Sitzungssäle der Kammer und des Senats sowie der Thronsaal sind vollständig vernichtet. Drei Elektrizitätsarbeiter sind verletzt. Die Feuerwehr ist ununterbrochen auf dem Brandplatz tätig, doch ist sie so gut wie machtlos. Um 2 Uhr 40 Minuten nachmittags wüdete das Feuer noch ungeschwächt fort. Infolge des starken Südwindes erscheint das in der Nähe des Palastes gelegene Stadtviertel Beschiktalich, das fast ausschließlich aus Holzhäusern besteht, gefährdet. Die Löscharbeiten werden vom Bosphorus her durch mehrere Löschschiffe unterstützt. — Um 4 Uhr 50 Minuten war das Feuer lokalisiert. Die gesamte Einrichtung des Palastes ist zerstört worden. Nur die Umfassungsmauern sind teilweise erhalten. — Bei dem Brande des Sijiraganpalastes sind auch die Parlamentsakten größtenteils verbrannt. Wegen des griechischen Feiertages fand keine Sitzung statt. Das Gebäude ist nicht versichert. Der Schaden beträgt zehn Millionen Pfund.

England.

Die Wahlen. Nach den bis jetzt bekannten Ergebnissen der gestrigen Wahlen stellt sich das Gesamtergebnis folgendermaßen: Gewählt sind bisher: 121 Unionisten, 100 Liberale, 22 Mitglieder der Arbeiterpartei und 44 Nationalisten. Die Unionisten gewannen 52, die Liberalen 9, die Arbeiterpartei einen Sitz.

Neuere Meldungen besagen: Die Unionisten zählen bisher 123, die Liberalen 108, die Arbeiterpartei 21, die Nationalisten 44 Mandate. Es ergibt sich bis jetzt ein Gewinn von 53 Mandaten für die Unionisten, von 13 für die Liberalen und von 2 für die Arbeiterpartei. In 228 Wahlkreisen sind die Mandate unverändert geblieben. Der Sekretär des Kolonialamtes, Seely, der gestern durchgefallen war, wird in einem neuen, bisher noch nicht bekannten Wahlkreise wieder kandidieren.

Argentinien.

Unterdrückungspolitik. Augenblicklich befinden sich in Argentinien über 600 Sozialisten in Haft. Die Regierung wendet den Belagerungszustand als Mittel zur Niederhaltung der sozialistischen und Arbeiterorganisationen an. Die sozialistische Presse, darunter eine Tageszeitung, ist verboten. Die Vereine sind geschlossen und die Zusammenkünfte unter polizeiliche Aufsicht gestellt oder ganz gesperrt.

Aus Lübeck und Umgebungen.

Donnerstag, den 20. Januar.

Wahlung, Einkateure und Hilfsarbeiter! Wegen Differenzen ist die Firma Fr. Faber, Lübeck, für Stukkatoren und Hilfsarbeiter gesperrt.

Vortragsserie für Arbeiter. Der sechste Rühle-Vortrag findet morgen abend 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus statt. Zahlreicher und pünktlicher Besuch ist notwendig.

Abendungen des Bürgerausschusses. Der Bürgerausschuss beschloß gestern auf Antrag Scharff, den Senat zu ersuchen, derselbe möge in Erwägung ziehen, ob nicht die regelmäßigen Sitzungen des Bürgerausschusses in Zukunft auf die Abendstunden zu verlegen seien. Im Interesse zahlreicher Bürgerausschussmitglieder wäre es zu wünschen, daß der Senat diesem Ersuchen entspricht.

Der Bürgerausschuss beschäftigte sich gestern mit dem Erlaß von Nachträgen zum Lübeckischen Gewerbegerichts-gesetz und zum Ortsstatut für das Kaufmannsgericht in Lübeck. Es handelte sich um die Beilegung einer verächtlichen Auslegung des § 7 des Gewerbegerichtsgesetzes, welcher lautet: Als Arbeiter gelten diejenigen Gesellen, Gehilfen, Fabrikarbeiter und Lehrlinge, auf die der 7. Titel der Gewerbeordnung Anwendung findet. Ingleichen gelten

Anzeige!

Den geehrten Hausfrauen zur gefl. Kenntnisnahme, dass wir in Lübeck jetzt auch in allen Stadtteilen

NIEDERLAGEN

unserer fein naturell gerösteter Kaffees errichtet haben.

Durch den **direkten Import** von den Ursprungsländern sind wir in der Lage, stets vom Besten das Beste zu liefern und bitten wir die geehrten Hausfrauen, sich durch einen Versuch von der Güte und Ausgiebigkeit unserer prima Qualitäten zu überzeugen. Wir liefern unsere Kaffees in **Paketen** mit unserer Firma, weil wir nur dann den verehrten Kunden Garantie für die Echtheit und Güte bieten können, ferner hält Kaffee sich in **Paketen** länger frisch und verliert nicht so rasch an Aroma und Ausgiebigkeit. Wir bitten aus diesem Grunde stets in **Paketen**

MEYER'S KAFFEE

zu fordern.

(fein naturell gebrannter Kaffee)

In sämtlichen Niederlagen werden Kostproben gratis verabfolgt.

Hochachtungsvoll

Hamburger Kaffee-Import-Rösterei

(C. C. Fritz Meyer),

Hamburg — Freihafen — Sandtorquai.

Preisverzeichnis:

Nur
in
**Original-
Packung**
von
1/1 u. 1/2 Pfd.

Marke:		Mk.		pr.	Pfd.
Rotkäppchen		1.10			
„ Hausmütterchen (Spezialität)	„	1.20	„	„	„
„ Aschenbrödel	„	1.30	„	„	„
„ Mein Liebling	„	1.40	„	„	„
„ Madame Sans Gêne	„	1.50	„	„	„
„ Marquise Pompadour	„	1.60	„	„	„
„ Biedermeier	„	1.80	„	„	„

Nur
in
**Original-
Packung**
von
1/1 u. 1/2 Pfd.

Ein Versuch überzeugt! **Voll, kräftig, würzig, ausgiebig.** Ein Versuch überzeugt!

Verkaufsstellen in **Lübeck** bei den Firmen:

Rudolf Brinker, Hixtertor-Allee 5 Tel. 360
Richard Bening, Graustorfer Allee 6a Tel. 521
Bernhard Grube, Lachswehr-Allee 25 Tel. 2264
Ludwig Hartwig, An der Obertrave 8 Tel. 349
Ernst Henk, Mühlenstrasse 50 Tel. 1587
O. Kreutzfeldt, Travelmannstrasse 21 Tel. 1320
Löhmann & Co. Tel. 272
Ernst Lüth, Spillerstrasse 5 Tel. 493
Gustav Magaard, Johannisstrasse Tel. 1923

Oscar Müller, Grosse Burgstrasse Tel. 410
Johannes Schwang, Schwartauer Allee 5 Tel. 1809
Eduard Speck, Hixstrasse Tel. 593
Otto Trepkau, Fleischhauerstrasse Tel. 867
Carl Trost Nchf., Fackenburg Allee 55 Tel. 1990
Christian Ulrich, Geninerstrasse Tel. 611
Heinrich Joachim Uter, Adolfstrasse 7 Tel. 579
Adolf Wichmann, Beckergube 56 Tel. 325

Travemünde: J. U. Kröger. Tel. 16. — Johannes Rickmann. Tel. 110.

Schwartau: Paul Draguhn. Tel. 1789.

Auch den Herren **Hoteliers, Cafetiers u. Gastwirten** durch obige Niederlagen bestens empfohlen.

NEU!

Meyer's Kaffee-Malz-Mischung

per Pfund 90 Pfennig, zusammengesetzt aus feinstem Bohnenkaffee mit prima gegorenem Malz nach einem eigenen Verfahren. Unübertroffen an Billigkeit, Aroma und Ausgiebigkeit!

Kein Surrogat!

Natürlich rein!

NEU!

Unsere sämtlichen Niederlagen, auch in der Provinz, sind durch rot-weiße Emailleschilder gekennzeichnet.

General-Agent für Deutschland:

H. Krumm,

Hamburg — Freihafen — Sandtorquai.

Direkter Import.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 19. Januar 1910.

20. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitzung: von Schoen, Dr. Delbrück
Der Handelsvertrag mit Bolivien.

Dr. Südekum (SD.): Wir begrüßen den Abschluß des Freundschafts- und Handelsvertrages mit Bolivien, wie überhaupt jede Konsolidierung unserer Handelsbeziehungen zum Ausland. Wir würden uns freuen, wenn es gelänge, unsere Beziehungen auch zu wichtigeren Ländern allmählich zu gestalten. Die Aufmerksamkeit der deutschen Industrie ist jetzt auf Frankreich gerichtet, das mit übertriebenen Industrieschutz große Gebiete unseres gewerblichen Lebens zu legen droht. Es wäre gut, wenn die Regierung in der Lage wäre, eine beruhigende Erklärung abzugeben und auf ihre Bemühungen hinzuweisen, die drohende Gefahr von Deutschland abzuwenden.

Staatssekretär von Schoen: Die Reichsregierung hat ihre Aufmerksamkeit den Maßnahmen in Frankreich schon früher zugewandt, und wird alles tun, was in ihren Kräften steht, unsere handelspolitischen Interessen zu schützen. (Bravo!)

Das Reichsvereinsgesetz und seine Handhabung.

Es folgt die Interpellation der freisinnigen Partei, betreffend die Anwendung des Reichsvereinsgesetzes.

Auf Anfrage des Vizepräsidenten Dr. Spahn erklärt Staatssekretär Dr. Delbrück zur sofortigen Beantwortung bereit.

Dr. Müller-Meinungen (FvP.) zur Begründung: Das Gesetz selbst haben wir uns in keiner Weise zu schämen, es wird aber von einer verständnislosen Bureaucratie in Preußen und Sachsen illegal ausgelegt. (Sehr richtig! links.) Der Sprachenparagraf vor allem ist eines der untauglichsten Mittel geworden, mit dem man die großpolitische Bewegung bekämpft, deren Gefahren wir allerdings nicht unterschätzen. Die Handhabung der Polizei ist eine direkte Verhöhnung der diesbezüglichen Erklärungen des damaligen Staatssekretärs. In Kiel hat die Polizei anlässlich einer Friedenskundgebung der englischen Arbeiter-Deputierten den Gebrauch der englischen Sprache verboten, und uns dadurch vor der ganzen zivilisierten Welt bloßgestellt. (Sehr wahr! links.) In Saalabteilungen wird Großes geleistet. Unter allen möglichen Vorwänden werden Versammlungen unter freiem Himmel verboten. Die Polizei erklärt einfach, daß Demonstrationen und Unruhen zu befürchten seien. Auf diese Art wird in Kurzem überhaupt keine Versammlung mehr in Preußen unter freiem Himmel möglich sein. In Koblenz hat man den starken Fremdenverkehr als Vorwand für das Verbot herangezogen. (Hört, und hört, hört! links.) Auch die Gerichte verlagen in auffälliger Weise. In einer Stadt, es soll Halle gewesen sein, ist ein Redakteur vor Beginn seiner Versammlungssprache verhaftet worden und über Abend auf der Wache festgehalten worden. Als Begründung wurde angegeben, man habe ihn an einem Verstoß gegen das Vereinsgesetz verhindern wollen. (Stimmen. Gelächter links.) Solch einen Grad von Zärtlichkeit gegen die Sozialdemokratie sind wir nicht gewöhnt. Das Präventionsverbot darf nicht durch Hintertüren wieder eingeführt werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Der Untervorstand Lehmann im Wahlkreis des Herrn von Heydebrand wollte die Genehmigung für eine Versammlung vor Mitteilung der Tagesordnung verweigern. Als man ihm mitteilte, daß es einer Genehmigung nicht bedürfe, verweigerte er, daß die Versammlung „wegen Scharlachepidemie“ nicht stattfinden dürfe. In einem 1/2 Stunde vom Versammlungsort entfernten Orte war 2 Wochen vorher ein Kind gestorben, aber niemand, auch die Eltern nicht, wußten, daß es Scharlach gehabt

habe. Wegen einer Anzahl Festlichkeiten, die um die gleiche Zeit stattfanden, hatte niemand unter Berufung auf die sogenannte Epidemie Einspruch erhoben. (Hört, hört! links.) Solche Versuche, durch sanitärpolizeiliche und ähnliche Verfügungen die Vereinsfreiheit aufzuheben, haben wir in der Kommission ausdrücklich bekämpft. Ein Amtsvorsteher verbot eine Versammlung in Leutmannsdorf bei Schweinitz, weil der Weg dahin über eine Brücke führe und Gefahr bestehe, daß die Besucher ins Wasser fallen. (Stimmen. Heiterkeit links.) Die Untersuchung ergab die vollkommene Sicherheit der Brücke. (Hört, hört! links.) Wenn man nun in solchen lächerlichen Fällen den Instanzenweg erschöpfen würde, der Herr Staatssekretär wird ja wahrscheinlich diese Frage aufwerfen, uns würde selbst eine nachdrückliche Korrektur genügt haben. Die Versammlungen waren verboten, das läßt sich nicht mehr gutmachen. (Lebh. Zustimmung links.) Von oben herab müßte den unteren Behörden klargemacht werden, daß sie das Vereinsgesetz nicht in so lächerlicher Weise illustrisch machen dürfen. Die Herren von der äußersten Linken werden aber rufen: Haben wir Euch das nicht vorher gesagt? (Stimmen. Zustimmung links.) Große Heiterkeit. Besser wird es nur werden, wenn man auch in Preußen und Sachsen erkennt, daß man mit kleinen Nadelstichen gegen eine große Bewegung nichts ausrichtet. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Die Sozialdemokratie ist eigentlich der Bureaucratie besonders feindlich. Sie ist der Schutzpatron der Sozialdemokratie geworden. (Lachen rechts.) Ich will noch hervorheben, daß für die Berliner Polizeibeamten das Vereinsrecht durch ihre vorgesetzte Behörde vollständig beseitigt ist. Auch der Eisenbahndirektor Breitenbach hat verfügt, daß die Bildung von Vereinen verboten sei. Das ist eine mehr als kühne Behauptung. (Sehr wahr! links.) Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß das Vereinsgesetz ein großer Fortschritt ist. Der jetzige Reichskanzler aber haßte uns mit seiner ganzen Persönlichkeit. (Dr. Heiterkeit bei den Soz.; Ruhe: Wo ist er denn?) — auch wenn er nicht da ist — dafür, daß eine verständnislose Bureaucratie nicht zuschanden macht, was wir geschaffen haben. (Bravo! links.)

Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück: Die Reichsregierung hat nicht unterlassen, ihr Augenmerk auf die Ausführung des Vereinsgesetzes zu richten und die Bundesregierungen sind ehrlich bemüht, es so auszuführen, wie es vom Gesetzgeber gemeint war. Natürlich ist das nicht leicht. Ich habe selber manche Paragraphen mehr als zweimal lesen müssen, ehe mir klar war, wie er zu verstehen ist. (Hört, hört!) Ich bin gerne bereit, wenn die Handhabung des Gesetzes alljährlich hier besprochen werden soll, mich zu beteiligen. Allerdings kann ich nicht auf alle jetzt vorgebrachten Fälle eingehen, da ich sie vielfach heute zum ersten Male vernehme. Dem Reich ist ja eine Einwirkung nur soweit möglich, als die Landesbehörden sich im Widerspruch mit den klaren Bestimmungen oder dem Geiste der Vorschriften gesetzt haben. Eine Kritik gerichtlicher Entscheidungen habe ich stets vermieden und werde sie auch weiterhin vermeiden. (Lachen b. d. Soz.) Redner geht auf den Kieler Fall ein. Es habe sich um eine deutsche Versammlung gehandelt, zu der man einzelne Ausländer eingeladen hatte. In solchem Falle räume das Vereinsgesetz der Landesbehörde unbeschränkte Befugnis ein, die fremde Sprache zu gestatten oder nicht. Im übrigen sei hiergegen keine Beschwerde an den Minister des Innern ergangen und deshalb sei Redner nicht in der Lage, auf den Fall weiter einzugehen. In dem Falle des Verbotes wegen einer Scharlachepidemie sei dem Landrat eröffnet worden, daß sein Verbot nicht korrekt war. Sie sehen also, es ist prompt Remedur eingetreten. (Zuruf bei den Soz.: Ist keine Remedur, nächstes Mal wird's eben gemacht!) Ich werde das Material des Herrn Dr. Müller zur Verfügung übergeben. Ich kann alle, denen ehelich daran liegt, daß das Gesetz sinngemäß angewendet wird, nur dringend

bitte, dafür zu sorgen, daß Beschwerden auf dem vorgeschriebenen Instanzenweg vorgebracht werden. Nur auf diese Weise werden wir zu der Grundlage kommen, die Sie alle wünschen.

Sächsl. Geheimrat Dr. Hallbauer: Der Abg. Müller hat aus unkontrollierbaren Einzelfällen allgemeine unzutreffende Schlüsse gezogen. Einige verschlechte Maßnahmen nachgeordneter Behörden können doch den Reichstag nicht interessieren. (Widerpruch und Lachen links.) Die sächsische Regierung ist von verknöchertem reaktionären Bureaucratismus weit entfernt. Sie will das Vereinsgesetz in dem liberalen Geiste angewandt wissen, in dem es erlassen wurde.

Auf Antrag des Abg. Dr. Struve (FvP.) wird einstimmig die Interpellation beifolgt.

Dr. Heiser (FvP.): Wir nehmen mit Genehmigung die Erklärungen des Staatssekretärs und des sächsischen Vertreters entgegen, daß das Gesetz im liberalen Sinne ausgeführt werden soll. (Einzelne Verstöße waren zu erwarten. Die Fragen des Beamtenrechts, darin stimme ich dem Staatssekretär bei, haben formal und materiell mit dem Vereinsrecht nichts zu tun. Redner beipflichtet das Verbot der lituanischen Sprache in Versammlungen des national-liberalen Abg. Schwabach. Es stehe im Widerspruch mit den feierlichen Zusagen des damaligen Staatssekretärs von Bethmann. Das Verbot in Kiel verdiene scharfe Rüge. — Obwohl Tanzveranstaltungen nicht unter das Vereinsgesetz fallen, sei es doch ein Verstoß gegen dessen Geist, wenn Wirtin, die ihre Säle für sozialdemokratische Versammlungen hergeben, die Tanzkarten entzogen wird. (Lebh. Zustimmung links.) Im allgemeinen werden Beschwerden bei den oberen Instanzen Erfolg haben. Lokal behandelt ist das Gesetz ein großer Fortschritt. Herr Gröber freilich hat es als freikörperlich bezeichnet und eine „verständigere Weisheit“ herbeiwünscht, um es zu verbessern oder abzuschaffen. Sie haben ja jetzt eine neue Mehrheit. Herr Gröber, also ändern Sie das Gesetz in freierlichem Sinne ab! (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Gans zu Puttlitz (FvP.): Wir sind durchaus dafür, daß der Reichstag die Ausführung des Vereinsgesetzes überwahe. Aber wenn er alle Verhöre gegen das Vereinsgesetz behandeln will, so kann er das ganze Jahr hier sitzen. (Sehr richtig! b. d. Soz. Große Heiterkeit.) Ich meine natürlich die kleinen Verhöre, große sind nicht nachgewiesen. Redner ergeht sich in Lobreden über die preussische Bureaucratie und schließt mit der Hoffnung, der Reichstag möge in Zukunft weniger durch unartige Interpellationen in Anspruch genommen werden. (Beif. rechts. Heiterkeit links.)

Brey (SD): Die Klagen über das Vereinsgesetz werden immer wiederkehren, weil die mangelhaften gesetzlichen Bestimmungen dies erfordern. Wir dürfen uns nicht vertreiben lassen mit der Zusage von lokaler Handhabung etc. Die Versprechungen haben sich bis heute nicht erfüllt und werden sich in Zukunft nicht erfüllen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Staatssekretär hat dem Gesetze die beste Zensur gegeben, als er sagte, er habe manche Paragraphen mehr als zweimal lesen müssen. Danach läßt sich denken, wie es draußen geht, wo Leute in Betracht kommen, deren einzige Qualifikation der Zivilversorgungschein ist. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Klarheit und Zweckmäßigkeit des Gesetzes haben gerade die Freisinnigen, vor allem der Kollege Müller-Meinungen, hineingetragen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wer anders als der frühere Block unter Führung des Herrn Kollegen Müller hat den wunderschönen § 12 geschaffen? Deutschland verdankt seine Blamage vor der zivilisierten Welt einzig dem Block unter der Führung des Kollegen Müller-Meinungen. Wir haben es heute unterlassen, untererits dem Vertreter des Reichskanzlers eine Blumenlese zu unterbreiten, nachdem unsere Materialsammlung im vorigen Jahre so unfruchtbar aufgenommen wurde. Damit ist nicht gesagt, daß die Mißbräuche geringer geworden sind; im Gegenteil, und wir werden auch in § 12 des Edlen Herrn Gans zu Puttlitz die Dinge, die er nichtzeiten nennt, hier immer vorbringen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokr.)

Am Wehnhil der Zeit.

Sozialpolitischer Roman in drei Büchern
von A. Otto Walster.

149. Fortsetzung.

20. Kapitel.

Die letzten Fünf.

So vieles auch in der Zwischenzeit geschehen, in den hochgelegenen Räumen, in denen wir den Anfang unserer Geschichte aufzusuchen hatten, war kaum eine merkliche Veränderung eingetreten. Zwar hatten die sanguinischen Bewohner der Wehnhilste mit aller Sicherheit gehofft, daß der Aufstieg endlich an ihre Pforten klopfen und ihnen Erlösung bringen würde, sie hatten auch nach den sachverständigen Berechnungen des Leutnants Sommer über die Schnelligkeit, mit der das Arbeiterheer sich näherte, wozu das Gebrause und das Knallen der Gewehre die nötigen Anhaltspunkte gab, die Zeit herausgefunden, in welcher der Friedensbote bei ihnen anklopfen würde. Aber nichts von alledem geschah, der Geschlagsdonner verhallte, das Gewehrfeuer verstummte, nach und nach hörte auch das Brausen und Summen, das Marschieren der Truppen auf, die Nachwachter pfliffen wieder in den Straßen — die alte Ordnung war zurückgekehrt und nichts war, als man sich aus den getäuschten Hoffnungen zurückwand in die Wirklichkeit, geschehen, als daß der Kalender befandete, wie der Sommer inzwischen wiederum um einige Tage dem Herbst näher gekommen.

Der Mensch hofft und hofft; wie die Iernäische Schlange, die Hyder, nach jedem abgeschlagenen Kopfe zwei neue ansetzt, so entstehen auf dem Boden einer niedergeschlagenen Hoffnung zwei neue, um das verzagende Herz neu aufzurichten; unzählige, wie die Blätter und Blüten des Frühlings, schießen die Hoffnungen der Menschen in die Höhe, Laufende verwirklichen, Laufende führt der Welt fort, und wie viel reifen der Erfüllung entgegen? Die bestgegründetsten Hoffnungen, wenn Hoffnungen überhaupt gegründet sein können, erweisen sich als trügerisch, und trotzdem hoffen noch die Menschen auf einen glücklichen Zufall, der sie aus traurigen Verhältnissen reißt. Die Religion ist die Hebamme, welche unermüdet die Hoffnungen ans Licht zieht und ihnen die ersten Liebesdienste erweist. Und so wird fortgehofft, bis allen Hoffnungen Zeit und Raum abgeschnitten zu sein scheint —

Und beschließt er am Grabe den Wilgerlauf,
Am Grabe pflanzt er die Hoffnung auf!

Aber freilich, was die gegündetsten Hoffnungen nicht erfüllen, die kühnsten nicht zu hoffen gewagt, das wirkt mit fecker, übermühtiger Hand ein bloßer Zufall häufig in den Schoß des längst Verzweifelten. Einmal muß bei dem ewigen Wechsel, bei dem unaufhörlichen Kreuzen von Ursachen und Wirkungen das heitere Los auch in den Schoß des nicht mehr Hoffenden fallen, wenn er nur so lange lebt, wenn er nur noch imstande, es zu genießen!

Es ist ein heißer Nachmittag, die Sonne brennt mit kaum erträglicher Glut auf dem Dache, unter dem die Bewohner der Wehnhilste ihre Kaffeekanne langsam hinstillschleifen, langsam — um sich den Genuß zu verlängern und die Zeit zu verkürzen. Die politischen Ereignisse haben doch infolgedessen Einfluß gehabt, als in Anlehnung einer ungewissen Zukunft mehrere Gläubiger für gut befunden haben, ihr Geld für etwa dringendere Zwecke zu sparen und Aufhebung der Haft ihrer Schuldner zu Leantragen, während neue Opfer nicht hinaufbefördert wurden. Nur einige, die sich bis dahin schweres Geld hatten kosten lassen und die der Ausgiebigkeit ihres Beutels soweit vertrauen durften, um auch diese Krisis mit getostem Mute auszuhalten zu können, blieben auch jetzt noch fest. Die Zahl der Bewohner dieses stillen Ortes ist darum seit länger als einer Woche auf vier herabgeunken, und alle vier sind alte Bekannte.

In der Ecke am Ofen sitzt über seinem Kalender gebückt, den er jetzt indessen wohl mehr aus alter Gewohnheit, denn aus Wissbegierde nach so langem Gebrauche vornimmt, Abraham Moses Levy. Der alte Israelit ist, wie die anderen drei behaupten, seinem Tode nahe, denn bei der allgemeinen Geldflut, die unter den Anwesenden herrscht und die man dadurch noch verschlimmert hatte, daß man auf Kosten der Lichtkasse ein Viertellos der Lotteriespiele, damals freilich in Rücksicht auf den blühenden Stand der Kasse und den ewigen Ein- und Abgang von Gästen, ließ er sich beifallen, zuweilen ein Zehn Groschenstück zum Besten zu geben, eine Freigebigkeit, die noch niemals an ihm bemerkt worden war.

„Ich kann's ja doch nicht mitnehmen“, sprach er bei solchen Spenden mit einem Seufzer, und erregte dadurch nur noch mehr Erbarmen.

Der Leutnant Sommer hat zwar für Ausarbeitung eines Feldzugsplans aus der Revolutionskasse das verlangte Honorar von 100 Talern in Gold doppelt ausgezahlt, erhalten, aber er bedurfte neuer Kleidung, einiger Werke zu seinen Studien, und benutzte die seltene Gelegenheit, seinem treuen Diener manchen Liebesdienst zu vergelten, womit alsbald der Stand seiner Finanzen

wieder auf den vorigen gebracht war. Dagegen ist es ihm eine erhebende Vergünstigung, so ganz in cognito vom Wehnhilste arrest aus seine ehemaligen Kameraden geschlagen zu haben, ja seine Vorgesetzten, wenn er sich's richtiger sagen will. Indessen ist er unter dem Eindruck der Ideen, welche nach und nach in diesem Kreise herrschend geworden, jetzt mehr für friedlichere Feldzüge begeistert.

Herr Musselich lebt still und gedrückt dahin, der Tod seines alten Geschäftsfreundes Seidenpinner, der nichts in seiner Lage geändert hat, da Herr Mensch sich noch keine Zeit genommen, zu unteruchen, wie eigentlich die Geschäfte seines Onkels gehen, erinnert ihn täglich an den seinigen; er ermangelt nicht der Zeit, solchen Gedanken nachzuhängen, und die Rückblicke auf sein Leben sind nicht geeignet, besondere freudige Gefühle aufkommen zu lassen. Sieht er den Offizier, so hat er nur das Bild vom Leben eines Menschen, dessen Existenz von Leuten, wie er selbst einer gewesen, ruiniert worden, und hätte nicht die besondere Empfehlung Franks ihm schlagend zur Seite gestanden, seine soziale Stellung in dieser Gesellschaft wäre eine noch weit weniger erfreuliche gewesen.

In stiller Ergebung in das Leben, welches ihm hier aufgegangen, bringt als der vierte auch der Künstler Molinaro seine Tage zu. Auch ihn hat die Not erfindend gemacht, mittels gesammelter Beiträge und unter dem Beistande geschickter Schicksalsgenossen ist es ihm gelungen, ein kleines Theater mit Puppen herzustellen, auf dem er, wenn nicht besondere Umstände es verhindern, allabendlich Lustspiele, Trauerspiele und selbst Opern gibt, bei denen er die Rollen in Begleitung des Triangelns singt, beziehentlich pfeift, alle unbedeuten Rezitative aber, gleichwie die Duette, Terzette usw. spricht. „Dieses Spiel und die Vorbereitungen dazu lassen ihn die Zeit vergessen; das Theater ist ihm auch eine kleine Einnahmequelle zur Deckung seiner geringen Bedürfnisse geworden, denn er verkauft die Billets zu einem Groschen das Stück, ist aber nicht farg mit Freibillets, wenn es nötig ist. Die Revolution hatte ihm einen schätzbaren Querschnitt gemacht in seine Kombinationen, denn er war in seinen immer kühner werdenden Plänen bis dahin gestiegen, die sämtlichen historischen Stücke Shakespeares in der Reihenfolge hintereinander vorzuführen, hatte sich mit den Vorbereitungen sogar in Kosten gestürzt, in Schulden konnte man sagen, und nun ein Publikum von drei Mann, unter denen zwei zahlungsunfähig waren; während der dritte, der Israelit, der als Kassierer und Billetternehmer gewöhnlich mächtig ein Freibillett genöß, so wie so nicht zu rechnen war. Welche Fülle von Freuden sah man da abgeschnitten zu denen sich noch regelmäßig die vom Leutnant Sommer

Sich verhalte ja, daß dem Eblen Herrn zu Putz die Erörterungen unangenehm sind, aber schließlich wird auch er nicht der Meinung sein, daß es die Aufgabe des Reichstages ist, das ganze Jahr hindurch sich nur mit Schnaps und ähnlichen Dingen, niemals aber mit den Rechten der Staatsbürger zu befassen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Schon im vorigen Jahre wiesen wir auf die Gepflogenheiten unserer Polizeibehörden hin, gewerkschaftliche Zweigorganisationen für politische Vereine zu erklären. Ihnen die Anmeldung des Vorstandes aufzuerlegen, und die Aufnahme Jugendlicher zu verbieten. Was ich damals befürchtete, ist leider eingetroffen. In zwei Fällen haben die Gerichte anerkannt, daß gewerkschaftliche Zweigorganisationen als politische Vereine anzusehen seien. (Hört, hört! b. d. Soz.) Es war nämlich in zwei Versammlungen auf die wirtschaftliche Bedeutung der Reichstagswahl für die Arbeiter hingewiesen worden. Niemand ist ein Unternehmerverband aus solchen Gründen politisch verfolgt oder belästigt worden. Wir fordern für die gewerkschaftliche Bewegung die gleiche Behandlung, wie sie die Unternehmerorganisationen erfahren. (Lebh. Zustimmung b. d. Sozialdem.) Das muß selbst der Klassenstaat auf dem Boden der Gleichberechtigung der Staatsbürger gewähren. In Hammerstein in Pommern bekam der Anmeldebüro einer Versammlung am Tage vor derselben die Meldung mit dem Bescheid zurück, daß der Inhaber des Lokals (hört, hört! b. d. Soz.) verbotene Versammlungen in seinem Lokal nicht dulde. Die Polizei geht also zu dem Besitzer des Lokals und wirkt auf ihn ein. (Hört, hört!) Die „Schlachtpandemie“ in Altenau ist hoffentlich inzwischen erloschen, aber die Zurechnung des Beamten, von welcher der Staatssekretär Kenntnis gab, hat den Veranstalter der Versammlung nicht mehr genügt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Der zurechtgewiesene Beamte hat ja vorher Gelegenheit gehabt, auf den Gastwirt einzuwirken, damit er sein Lokal nicht mehr hergibt zu dem Zwecke, die Tätigkeit des Herrn Heydenbrandt zu beleuchten. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Der berühmte Amtsvorsteher Guratide hat ja das Rezept, nach welchem verfahren wird, an die Öffentlichkeit gebracht. Ein Gastwirt seines Machtbereichs wollte der modernen Arbeiterbewegung sein Lokal zur Verfügung stellen. Er erhielt vom Amtsvorsteher zur Antwort: „Es hängt lediglich von Ihnen ab, ob Sie Verträge mit der sozialdemokratischen Partei schließen wollen oder nicht. Doch wenn Sie es tun, habe ich die Pflicht, Ihr Lokal als solches zu betrachten, in denen nur Arbeiter verkehren; und damit der Böllerei nicht Vorschub geleistet wird, (hört, hört, bei den Sozialdemokr.) ist das Lokal dann jeden Abend pünktlich um 10 Uhr zu schließen, Tanzvergünstigungen dürfen in der ersten Zeit garnicht, später nur in dem beschränkten Umfange stattfinden, wie es den Bedürfnissen der hiesigen Arbeiterschaft entspricht.“ So wird durch administrative Befugnisse eines Amtsvorstehers den Arbeitern das Recht annulliert, Versammlungen abzuhalten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Mit einem kurzen Wort will ich noch auf die Drangsalierung der Jugendorganisationen eingehen. Die Auflösung der Berliner Jugendorganisation ist eine ganz unberechtigte Maßnahme. Nachdem sie 5 Jahre lang bestanden hat, hat die Behörde bei ganz ununtergeordneten Dingen sich entschlossen, einzuschreiten. Weder die Breslauer noch die Berliner Jugendorganisation hat sich politisch betätigt, sondern nur wirtschaftliche, rechtliche und geistige Interessen gepflegt. Dagegen hat der nationale Jugendbund zu Potsdam sich einen Vortrag über Volkspolitik halten lassen. Ist das vielleicht eine Politik? Ich mißgönne dieser Organisation nicht ihre Freiheit, aber wir fordern die gleiche Freiheit für die Proletarierorganisation. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Wenn die Herren Freisinnigen über die Ausführung des Vereinsgesetzes so viel zu klagen haben, so sage ich ihnen, der einfachste Weg zur Abhilfe ist der, mit Hilfe des Zentrums, der Polen und mit uns dafür zu sorgen, daß die Dinge, die sie heute beklagen, erledigt werden durch klare Bestimmungen, die nicht nur ein Staatssekretär nicht zweimal zu lesen braucht, sondern die jeder simple Beamte und Arbeiter bei einmaligem Lesen versteht. Dann, Herr Müller-Meinungen, wenn Sie die Gelegenheit jetzt gleich erfassen, werden wir im nächsten Jahre nicht mehr solche Erörterungen haben. (Bravo! b. d. Soz.)

Gröber (Z.): Die Klagen kommen ausschließlich aus Norddeutschland. Bei uns löst man keine Versammlungen auf, weil ein paar Jugendliche dabei sind. Man führt die betreffenden Bestimmungen des Gesetzes einfach nicht aus. (Hört, hört! rechts.) Man braucht sie auch nicht auszuführen, weil sich kein Denunziant findet. (Lebh. Beifall im Zentrum, u. b. d. Soz.) Eine Mehrheit, die den Sprachen- und Jugendlichen-Paragrafen streicht, werde ich für eine verständige Mehrheit halten, auch wenn Herr Dr. Heber nicht zu ihr gehört. (Hört, u. sehr gut! b. d. Soz.) Redner spricht von dem Verbot der polnischen Sprache auf dem Breslauer Katholikentage, wendet sich gegen das Bestreben, alle Zusammenkünfte unter dem Begriff der Versammlung zu bringen, und gegen die vielen Vorwände, unter denen Versammlungen im Freien verhindert werden. Er schließt mit einem Appell an die Freisinnigen, sich an der Ausmerzung der Ausnahmebestimmungen zu beteiligen. (Hört, u. Lebh. Beifall i. Z.)

Stichel (Polen). Uns Polen gegenüber kehrt man sich einfach nicht an die Gesetze. Eben hat ja erst wieder im Landtag Herr von Bethmann mit der sogenannten großpolitischen Gefahr alle Maßregeln gegen uns gerechtfertigt. Das ist die Vaterortterklärung der Gesetzhilflichkeit. (Lebh. Zustimmung b. d. Polen.)

Graef (WBg.) klagt darüber, daß die Polen zu milde behandelt werden. (Gr. Hört, b. Z., Polen, Soz, u. Freis., Rufe: dieser Gemütsmensch!) Redner ist im allgemeinen mit der Handhabung des Vereinsgesetzes einverstanden und wünscht nur etwas wohlwollende Behandlung der christlichen Gewerkschaften.

Hansen (Däne) klagt über Drangsalierungen im Kreise Hensburg. Sogar eine Hochzeit ist polizeilich überwacht worden. (Hört.)

Mugdan (WBg.): Nach den Ausführungen des Redners versteht man, warum die Regierung in Nordschleswig nichts ausgerichtet. Die heutige Debatte hat mich insofern mit Genugtuung erfüllt, als sogar von den Polen und Sozialdemokraten gegen das Gesetz selbst nichts vorgebracht werden konnte. (Zuruf b. d. Soz.: § 12.) Das Gesetz bedeutete einen Fortschritt, es am § 12 scheitern zu lassen, wäre eine Dummheit gewesen. Es ist zweifellos, daß die Arbeitervereine heute unter dem Vereinsgesetz eine viel größere Freiheit genießen, als früher, wenn es nur richtig gehandhabt wird. (Geheert b. d. Soz. Zurufe: Wenn, ja wenn.) Mit kleinen Maßnahmen sucht man nur Polen, Dänen und Sozialdemokraten. Ich wünsche als Preuze, daß Preußen im Punkte des Vereinsgesetzes in Deutschland vorangehe. (Beif. b. d. Freis.)

Der Vizepräsident Erbprinz zu Hohenlohe schlägt Vertagung vor und als Tagesordnung der nächsten Sitzung am Donnerstag 1 Uhr: Dritte Lesung des Vertrages mit Bolivien, zweite Lesung des Justizetats und des Eisenbahnetats.

Singer (SD. [zur Geschäftsordnung]) beantragt als ersten Punkt der Tagesordnung Fortsetzung der Besprechung der Interpellation.

Gröber (Z.) bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Das Bureau schließt sich dem Zweifel an. Es bleibt beim Vorschlag des Präsidiums.

Schluß 7¼ Uhr.

Aus der Partei.

Eine mißlungene Staatsaktion. Die „Freie Jugendorganisation“ in Berlin veranstaltete im Sommer vorigen Jahres einen Ausflug. Als die Teilnehmer im Walde zum Frühstück lagerten, wurden sie von Gendarmen auseinandergetrieben und die rote Fahne, die sie mitführten, konfisziert. Dieser Vorfall führte zu einer großen Staatsaktion, denn zwei Teilnehmer hatten sich jetzt wegen — Aufruhr und Verschwendung damit zusammenhängender Delikte vor der Strafkammer zu verantworten. Die Verhandlung ergab, daß die Jugendlichen bei der Raft im Walde von Gendarmen in der größten Erregung und mit den Schimpfwörtern, wie „Lausebände“, „Verfluchte Lausejungen“, „Saumensger“, wolle ihr machen, daß ihr aus dem Walde kommt“ u. aus dem Walde gejagt wurden. Nach der Anklageschrift soll die Menge gegen die Gendarmen eine bedrohliche Haltung eingenommen haben und trotz Aufforderung der Beamten, auseinanderzugehen, den Beamten Widerstand geleistet haben. Die drei Gendarmen beschworen dies auch. Demgegenüber beschworen 11 Zeugen, daß sie von einer Aufforderung, die sie hätten hören müssen, nichts wahrgenommen haben und daß die Menge sich ruhig zerstreut hat. Das Gericht hat die Angeklagten freigesprochen und die Kosten der Staatskasse auferlegt.

Die außerordentliche Landeskonferenz der hessischen Parteiorganisation fand am Sonntag (16. Januar) in Offenbach statt. Anwesend waren 114 Delegierte sowie Vertreter des Landeskomitees und der hessischen Parteipresse. Auf der Tagesordnung stand die Beratung des Entwurfs zum neuen Statut für die hessische Landesorganisation und die hessische Wahlreform. Das Statut paßt sich im wesentlichen den vom Leipziger Parteitag beschlossenen Organisationsstatut an. Die 9 Wahlkreise des Landes bilden die Landesorganisation, deren Leitung einem Vorstand von 7 Mitgliedern (bisher 6) übertragen ist. Die alljährlich stattfindende Landeskonferenz ist die höchste Instanz; mindestens 4 Wochen vor der Konferenz hat der Kassierer, der zugleich Landessekretär ist, einen gedruckten Bericht an die Mitgliedschaften zu erstatten. Die Beiträge betragen pro Monat mindestens 80 Pf. für männliche und 15 Pf. für weibliche Mitglieder. Die Marken hierfür werden vom Landesvorstand gegen vorherige Bezahlung von 2 Pfennig pro Marke geliefert. Für arbeitslose und inwärtige Mitglieder existieren Ausnahmebestimmungen. Die Kreisvereine haben von den erhobenen Beiträgen 20 Proz. direkt an die Parteikasse in Berlin abzuführen. Die Landeskonferenz setzt sich zusammen aus: a) den gewählten Delegierten. Ortsvereine bis zu 100 Mitglieder können einen, Ortsvereine mit mehr als 100 Mitgliedern können für jedes angefangene Hundert einen weiteren Vertreter wählen; b) je einem Vertreter der Kreisvorstände, dem Landesvorstand, den Reichs- und Landtagsabgeordneten, je einem Vertreter der Redaktionen und der Geschäftsführung der hessischen Parteiblätter. Die Mitglieder des Landesvorstandes, die Reichs- und Landtagsabgeordneten sowie die Vertreter der Presse haben in allen ihre Tätigkeit betreffenden Angelegenheiten nur beratende Stimme. Eine außerordentliche Landeskonferenz kann vom Landesvorstand einberufen werden; sie muß einberufen werden, wenn dies von den Vorständen dreier Kreisvereine beantragt wird. Das Statut, das am 1. April in Kraft treten soll, wurde nach längerer Beratung angenommen. Über die hessische Wahlreform referierte Dr. Fuld a. Darmstadt. Der Redner geht mit der pseudo-liberalen hessischen Regierung und dem reaktionären Großblock, dem es gelang, sowohl die verschärfsten Kautelen als auch das Pluralwahlrecht und die Preisgabe von Volksrechten an die Herrenkammer durchzudrücken, scharf ins Gericht. Die von ihm vorgeschlagene Resolution fordert die Durchführung voller staatsbürgerlicher Gleichberechtigung; sie erhebt klammern Protest gegen die Befestigung des gleichen Wahlrechtes durch das Pluralwahlrecht und beauftragt den Landesvorstand, die Kreisvorstände und Parteisekretäre, unverzüglich Vorkehrungen zu treffen, durch die den Wahlrechtsverfehlungen nach Möglichkeit entgegengearbeitet wird. In der Diskussion findet ein Artikel des Genossen Dr. Quessel-Darmstadt, der im „Volksfreund“ einen Appell des Volkes an den Träger der Krone in der Wahlrechtsfrage empfohlen hatte, allseitige Beurteilung. Quessel beruft sich in der Verteidigung auf den „Vorwärts“, der ähnliches für Preußen empfohlen habe. Sodann wurde den preussischen Wahlrechtskämpfern die wärmste Sympathie durch die einstimmige Annahme folgender Resolution ausgedrückt: „Der Kampf unserer Parteigenossen in Preußen um das freie Wahlrecht ist nicht nur der Kampf um die höchsten politischen Rechte und Interessen des arbeitenden Volkes in Preußen, sondern zugleich der entscheidende Kampf um die demokratische Entwicklung des ganzen Reiches. Die hessische Landeskonferenz spricht daher den kämpfenden Genossen in Preußen ihre brüderliche Sympathie aus und erklärt namens der Parteigenossen dessen ihre freudige Bereitschaft, die preussischen Genossen in diesem Kampfe mit allen Kräften zu unterstützen.“ Nachdem der Landesvorstand durch die Genossen Engelmann-Worms und Beckmann-Gießen verstärkt und die Besetzung des internationalen Kongresses in Kopenhagen durch einen Delegierten beschlossen war, waren die Arbeiten der Konferenz beendet.

Der internationale Kongress in Kopenhagen. Für den diesjährigen, Ende August in Kopenhagen stattfindenden internationalen Kongress sind die Vorbereitungen im vollen Gange. Der Kongress tagt in dem großen Konzertpalais des Odd-Fellow-Ordens, außerdem ist auch das Prinz-Wilhelm-Konzertpalais gemietet. Unter den Veranstaltungen wird wohl das Bankett, das die Stadt Kopenhagen den Kongreßteilnehmern in dem prächtigen Rathausssaal gibt, das Großartigste werden. Denn Kopenhagen mit seinen zwei sozialistischen Bürgermeistern wird der „roten Internationale“ einen brillanten Empfang bereiten. Pöfentlich geschieht die Bewirtung der Bankettteilnehmer nicht auf Staatskosten. Eine derartige Verwendung von Steuergroschen wäre keinesfalls zu billigen.

„Sein Wechsel ist bezahlt, ja, und der dicke fette Wirt zur goldenen Henne hat in Folge des Zeitungsartikels von Frank einen Schlaganfall vor Ärger bekommen. Und als er seiner Genesung beim ersten Austerfrühstück mit Burgunder oder etwas Ähnlichem sitzt, schlagen ihm die Aufständischen die Fensterladen ein, worüber er so erschrickt, daß er einen zweiten Schlaganfall bekommt und des Todes verbleicht. Trauere um ihn, wer mit ihm gefrühstückt hat, die Welt ist um einen dicken Mann ärmer.“

Also sprach Molinaro mit Salzburg, als draußen die Klingel ertönte und bald darauf das heiter lachende Gesicht Frank durch die Tür lugte. Alle sprangen auf und gaben ihr höchstes Erstaunen zu erkennen.

„Guten Tag, meine Herren“, rief der Antömling, „ich erlaube Ihnen alle Anfragen, die so deutlich auf Ihrem Gesichte ausgesprochen sind; ich will Ihnen lieber gleich alles von selber sagen. Ich komme, weil ich — zunächst nicht anders konnte; mein Gläubiger, oder vielmehr der Agent meines Gläubigers, oder noch besser gesagt, der Agent meines verstorbenen Herrn Gläubigers, hat wahrscheinlich gedacht, daß ich ihn über die Revolution ganz und gar vergesse, und darin hat er vollständig recht; und um nun zu beweisen, daß von seiner Seite das keineswegs der Fall ist, was ich ihm sonst gern von ganzem Herzen nachgesehen hätte, schied er mir zwei der berühmtesten Solofänger auf den Hals. Nun hatte ich zwar die Mittel zu bezahlen, ich habe sie auch bei mir, aber ich erinnerte mich, daß ich Ihnen schon längst einen Besuch schuldig sei, dachte also, du mußt die Gelegenheit benutzen, um hinaufzukommen, sonst wärd's möglicherweise noch lange nicht, und so wanderte ich mit. Sie können sich denken, mit welchen Augen ich unten in der Gerichtsstube angesehen wurde und wer mich am allerungernsten sah, war jedenfalls unter geistiger Wachheit. Wenn ich sogar dem ganzen Staat gegenüber Rebellion zu machen wage, was werde ich hier erst tun. Aber der gelblichtige Gerichtsrat mochte auch denken: „Warte, dich wollen wir wieder.“

„Nun nun und Sie also wieder da?“ rief Molinaro.

„So scheint es, und nun, was gibt's Neues. Die Gesellschaft ist nicht zahlreich, wie es scheint.“

„Nein, das ist sie nicht, aber nichtbestimmener haben sich die Genüsse hier um ein Bedeutendes vermehrt, indem ich, was wohl selten einem Gaste hier oben geboten worden, im Stande bin, Ihnen eine Festvorstellung zu widmen, den Schatzbesitzern „Sommertraum“ mit bengalischer Beleuchtung.“

„Für einen Groschen“, fügte der Leutnant hinzu.

„Kann ich Armeen aus der Erde stampfen, Wächst mir ein Saatfeld auf der flachen Hand?“ rief der Mime grimmig, „Kann ich etwas dafür, daß ich so viele Freibillets austellen muß?“

„Ich fühle den Stich“, entgegnete der Leutnant, „aber ich werde zahlen, wenn ich König bin!“

Der Mime fühlte sich durch dieses Zitat geschlagen und verstimmt. Frank aber, nachdem er dem würdigen Levy die Hand gedrückt, wandte sich an den verdügten Musselich und sprach:

„Nun, mein verehrter Herr Schwiegervater, ich spe, ich wollte Ihnen mitteilen, daß ich, nachdem die wichtigsten Staatsgeschäfte besorgt, die Absicht habe, Ihre Tochter, unter Voraussetzung Ihrer Einwilligung nämlich, in vierzehn Tagen zu heiraten. In dieser Zeit müssen Sie frei sein, denn ohne Hochzeitvater keine Hochzeit.“

„Ich kann keine Hochzeit austrichten, ich bin ein ganz ruiniertes Mann“, seufzte Musselich.

„Ach, das bilden Sie sich nur ein. Sie müssen wissen, daß Ihr Gläubiger aus unglücklicher Liebe des Todes verbleichen ist.“

„Ja, Seidenspinner tot?“ rief Musselich. „Aber was hilft mir das, sein Erbe wird wohl sicher auch nicht viel besser sein.“

„Gut, daß der Erbe das nicht hört, der würde Ihnen eine schöne Predigt halten; Sie irren sich, sage ich Ihnen, der Erbe ist ein Mensch, heißt auch Mensch, ist außerdem selbst hier oben gewesen als Wehleinhaftat und ist, was das allermeiste sagen will, mein guter Freund. Er wird billig mit Ihnen abrechnen, darauf können Sie sich verlassen und durch dieses merkwürdige Stückchen von Verwandtschaft und Erbschaft bin ich selbst der Schuldner dieses Mensch oder Menschen geworden, so wie Sie es sind, Herr Sommer, und Sie, Herr Molinaro.“

„Und somit würde bald auch meine Freiheitsstunde schlagen?“ rief der Mime bewegt, und ich würde singen können wie Masaniello.“

„Leb' wohl, du stille Hütte!“

„Und wird denn der Herr Mensch, welcher ist der Erbe von Herrn Seidenspinner, fortgehen das Geschäft, oder wird er sich setzen zur Ruhe?“ fragte der würdige Israelit.

„Wird sich setzen zur Ruhe auf jeden Fall, Herr Levy, denn er hat genug für seine Bedürfnisse.“

(Fortsetzung folgt.)

Bewerkshaffsbewegung.

Die Tarifbewegung im Baugewerbe und die Stukkateure. In den Spezialgruppen des Baugewerbes, die bei den diesjährigen Lohnkämpfen sehr stark in Mitleidenschaft gezogen werden, gehören auch die Stukkateure und Gipser. Die Unternehmer dieser Branche, die fast ohne Ausnahme in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis von den Maurermeistern und Architekten stehen, haben seit Jahren, ebenso wie der Arbeitgeberbund des Baugewerbes, darauf hingearbeitet, daß die bestehenden Lohnverträge meistens bis zum 31. März d. J. ablaufen. Von den Arbeitern ist die Mehrzahl im Zentralverband der Stukkateure organisiert; 174 Filialen gehören rund 7700 Mitglieder an, während etwa 600 dem christlichen Bauhandwerkerverbande und vielleicht 60 dem Christlich-Sozialen Gewerkschaften angehören. In nicht weniger als 58 Orten läuft der Tarifvertrag ab, respektive wurde derselbe gekündigt, und es kommen dabei nicht weniger als 5160 Mitglieder in Betracht. Da aber auch in einer Reihe anderer Städte die Mitglieder durch die Bewegungen der Hauptgruppen des Baugewerbes in Mitleidenschaft kommen dürften, so ist die Gesamtzahl mit 5500 nicht zu hoch veranschlagt. Von dieser Zahl entfällt der größte Teil auf Süddeutschland und Rheinland-Westfalen. Die Organisation hat die erforderlichen Vorkehrungen getroffen: Zunächst werden sämtliche in den Filialen liegenden Gelder, die bisher als Lokalkonten betrachtet wurden, und die die statliche Summe von 840 850 Mk. ausmachen, der Hauptkasse überwiesen, und von der siebenten Beitragswoche an wird außer dem regelmäßigen Wochenbeitrag, der zwischen 50 und 90 Pfg. schwankt, eine Extrataxe von 1 Mk. pro Woche erhoben.

Daß die Mitglieder bei außergewöhnlichen Anlässen opferfreudig sind, haben sie bewiesen; so wurden in Hamburg im vorigen Jahre bei Gelegenheit der Aussperrung von jedem Mitgliede, das arbeitete, pro Woche nicht weniger als 9 Mk. Extrataxe bezahlt.

Wenn die Unternehmer der Stuckbranche also auch jetzt im Schlepptau der Scharfmacher des Baugewerbes marschieren, so dürften sie sehr bald trübe Erfahrungen machen.

Tarifabschlüsse in der Lederindustrie. Vom Zentralverband der Lederarbeiter wurden zwei Lohnbewegungen in Magdeburg und Erlangen auf friedlichem Wege durchgeführt. In Magdeburg erzielte die Handschuhmacher der Firma Fischer eine Erhöhung der Schnittpreise für Lammlederhandschuhe um 2 Pfg. für Ziegenlederhandschuhe um 1 Pfg. pro Paar. Für Allongieren, Einlegen etc. werden entsprechende Zuschläge erzielt. Die Wochenlöhne wurden um 5 Proz. erhöht. Es wurde ein Vertrag auf die Dauer von 5 Jahren abgeschlossen. In Erlangen erzielte die Weißgerber und Lederfärberei eine Verkürzung der Arbeitszeit um 1/2 Stunden pro Woche. Der Wochenlohn wurde um 2 Mk. pro Woche erhöht, überstunden und Sonntagsarbeit wird mit 50 Pfg. pro Stunde bezahlt. Die Akkordpreise erfahren eine Erhöhung um 10 Prozent. Es wurde ein neuer Vertrag auf die Dauer von vier Jahren abgeschlossen.

Eine internationale Revue für die Gastwirtsangestellten gibt der Zentralvorstand des Gastwirtsgehilfenverbandes heraus. Von dieser „Revue International“ wird in drei Sprachen erscheint und 14tägig herausgegeben, wird, verspricht sich der Verband eine besondere Förderung der internationalen Beziehungen der Gastwirtsgehilfen.

Tarifbewegung der Glaser im Saargebiet. Der im August 1907 zwischen den Arbeitgebern der Glaserbetriebe und der Zahlstelle Saarbrücken des Glaserverbandes abgeschlossene Tarifvertrag wurde von den Unternehmern gekündigt, um angeblich einen Arbeitsvertrag für alle baugewerblichen Gruppen für das ganze Saargebiet und das Fürstentum Birkenfeld abzuschließen. Am 20. Januar findet die erste Verhandlung statt.

Zu der Schuhfabrik von W. Noe in Birmensdorf haben wegen Lohnunterschieden sämtliche in der Hand- und Maschinen-Zwickelabteilung beschäftigten Zwickler die Arbeit niedergelegt. Zugang ist fernzuhalten.

Kommunales.

Für die Kinder der Arbeiter hat man nichts übrig. Die Braunschweiger Stadtverordnetenversammlung lehnte in ihrer letzten Sitzung die von dem Gewerkschaftskartell gestellten Entwürfe auf Schaffung von Notstandsarbeiten, Einführung von Arbeitslosenunterstützung und Bewilligung von Mitteln für Schulspesen ab, weil eine besondere Arbeitslosennot in diesem Winter nicht vorhanden sei. Die bürgerlich-reaktionäre Stadtverordnetenmehrheit beharrte bei ihrer Ansicht, obwohl unsere Genossen an der Hand statistischer Materials nachwies, daß allein die beiden Verbände der Fabrik- und Metallarbeiter zu Weihnachten 721 arbeitslose Verbandskollegen unterstützt haben. Gegen die Speisung der hungernden Kinder waren auch zwei Lehrer und zwei Ärzte. Einer der Ärzte, ein Schularzt — Dr. Kleinhecht — hatte erst in der letzten Stadtverordneten-Versammlung bewegliche und berechtigte Klage über die Zunahme der Tuberkulose unter den Schulkindern geführt. In der gleichen Sitzung kam auch die Bildungsfeindlichkeit der Braunschweiger national-liberalen Führer so recht zum Ausdruck. Der Magistrat will auf das ständige Drängen der Regierung hin die Fortbildungsschule obligatorisch machen. Die national-liberalen Führer Dr. Wolters und Rechtsanwalt Weichsel wendeten sich mit aller Entschiedenheit dagegen, weil die Schule zu viel Geld koste und weil eine Weiterausbildung der Kinder des arbeitenden Volkes über 14 Jahre hinaus durch Zwang nicht erwünscht sei. Ein Lehrer verlangte sogar den Unterricht in die späteren Abendstunden verlegt, da sonst die Unternehmern geschädigt werden könnten. Das Obligatorium der Fortbildungsschule wurde aber in namentlicher Abstimmung mit 21 gegen 9 Stimmen beschlossen.

Kommunal-Wahltag. In der sächsischen Gemeinde Schönfeld bei Zwickau wurde am Sonntag bei der Ersatzwahl Genosse Kober als Vertreter der Unzufriedenen in den Gemeinderat gewählt. Die Gegner hatten diesmal keinen Kandidaten aufgestellt.

Soziales.

Von dem Umfang der Arbeitslosigkeit gibt das statistische Bureau des Mainzer Armenamtes ein recht düstere Bild. Seit Beginn der Notstandsarbeiten haben sich 684 Mann gemeldet, von denen kaum ein Drittel beschäftigt werden konnte. Zur Arbeitslosenunterstützung lagen 121 Anmeldungen vor, erhoben wurde sie aber nur von 111; davon waren 64 organisiert. Während die Stadt die Notlage zu lindern sucht, geht die Steuerbehörde rücksichtslos vor und läßt den kärglichen Verdienst der Notstandsarbeiter mit Beschlag belegen.

Zivilprozessreform und Anwaltsangestellte. Am 1. April treten verschiedene Gesetzesnovellen in Kraft, die eine Reform des Zivilprozesses beabsichtigen. Die Vorlagen haben f. St. unter den Rechtsanwälten viel Staub aufgewirbelt, weil diese meinen, ihre wirtschaftliche Existenz werde dadurch untergraben. Einer energischen Agitation der Anwälte ist es dann gelungen, verschiedene Verbesserungen, namentlich erhebliche Gebührenerhöhungen, in den Vorlagen zu erwirken. Auch von den Angestellten der Anwälte wurde eine lebhaft Agitation entfaltet. Leider aber ohne jeglichen Erfolg. Die Angestellten werden von der Reform am härtesten betroffen. Vielen von ihnen wird die Existenz geraubt, denn das Schreibwerk in den Anwaltsbüros wird durch die Reform auf die Gerichtskanzleien übertragen. Die Arbeitskräfte in den Anwaltsbüros werden überflüssig, die Angestellten werden entlassen. Weder die Regierung, noch die bürgerlichen Parteien haben sich auf die Wünsche der Angestellten eingelassen. Die sozialdemokratische Partei war die einzige, die sich gegen das Gesetz wandte, solange den Interessen der Angestellten nicht Rechnung getragen werde. Die bürgerlichen Parteien sind jedoch über diesen Widerspruch hinweggegangen, ohne sich im mindesten um das Schicksal der Angestellten zu kümmern. Tausenden der Angestellten steht nun die Entlassung bevor. Die gewerkschaftliche Organisation der Angestellten, der Verband der Bureauangestellten (Sitz Berlin) unternimmt deshalb einen neuen Versuch, seine Berufsgenossen vor diesem Schicksal zu bewahren. In einer ausführlich begründeten Petition wendet er sich an die gesetzgebenden Körperschaften der Bundesstaaten mit dem Ersuchen, die stellunglos werdenden Anwaltsangestellten in die infolge der Zivilprozessreform bei den Gerichten neu zu schaffenden Stellen zu übernehmen. Die Petition dürfte bei den jetzt überall stattfindenden Beratungen des Staatsrat zur Verhandlung kommen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten der einzelnen Landtage werden sicherlich auch hier auf dem Posten sein und den bürgerlichen Parteien wie der Regierung das soziale Gewissen schärfen.

Glend in der „Weststadt“. Einen Fall äußerster Armut und geradezu erschütternden Glends, der leider in London durchaus kein Ausnahmefall ist, berichten die dortigen Blätter. Einer Frau Harriet Bartlett war ihr 17 Monate altes Kind gestorben, und bei der gerichtlichen Leichenschau, die in England bei außergewöhnlichen Fällen üblich ist, sagte die Frau, daß sie seit drei Jahren obdachlos sei. „Keine Wohnung seit drei Jahren!“ rief der Vorsitzende aus, „wo schlafen Sie denn?“ „In der letzten Nacht gelang es mir, im Crispin Street-Hotel unterzukommen,“ antwortete die Frau mit müdem, hoffnungslosem Ausdruck, „und einmal war ich in Dr. Barnardos Asyl, sonst laufe ich des Nachts in den Straßen umher!“ „Und was tut Ihr Mann?“ „Wenn ich ein Mädel finde, läuft er allein umher, finde ich keine, so gehe ich mit ihm.“ „Aber Sie müssen doch irgendwann und irgendwo schlafen?“ „Wir schlafen auf den Bänken in Parks oder irgendwo, wo wir nicht gestört werden. Ich habe noch vier Kinder. Zwei davon sind in Handwerkerschulen und zwei auf einem Trainingschiff. Eines Nachts, als wir alle zusammen umherwanderten, wurden wir arretiert und der Magistrat sandte die Kinder fort, so daß nur nur das jüngste blieb.“ „Es ist eine traurige Geschichte, die wir leider nur zu oft hören,“ meinte der Vorsitzende. „Wie geht es zu, daß Ihr Mann keine Arbeit finden kann?“ „Er ist in der ganzen Stadt umhergelaufen, kann aber keine Arbeit finden.“ „Und seit wann hat er keine regelrechte Arbeit mehr?“ „Seit etwa zwölf Monaten.“ „Haben Sie denn keine Verwandten, die Ihnen helfen können?“ „Verwandte schon, aber die sind auch sehr arm, sie haben genug zu tun, sich selbst durchzubringen.“ Die Untersuchungskommission fällt die Entscheidung: Tod aus natürlichen Ursachen, womit in England sehr oft der Hungertod bezeichnet wird. Die Mutter ging mit demselben hoffnungslosen Ausdruck in den müden Zügen wieder ins Glend hinaus.

Aus dem Gerichtssaal.

Verurteilter Mörder. In dem Prozeß gegen den Stallmann Wulff in Berlin wegen Tötung der Prostituierten Schneider befragten die Geschworenen die Schuldfrage nach Körperverletzung mit tödlichem Ausgang unter Verfolgung mildernder Umstände. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die große Noth, mit der das Verbrechen verübt ist, eine Zuchthausstrafe von 14 Jahren. Das Urteil lautete auf 10 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust.

Aus dem „Rechtsstaate“ Preußen ist wieder ein typischer Fall zu erzählen. In dem Dorfe Rathsdamm, Kreis Stolp, fand kürzlich ein Tanzvergnügen von Arbeitern statt. Als ein Teilnehmer, namens Rahn, sich des Morgens um 5 Uhr entfernte und einen Augenblick vor dem Gasthause stehen blieb, kam der kürzlich angestellte Nachtwächter Reddel, der die Funktionen der Polizei ausübt, völlig ange-trunken auf ihn zu und fragte, was er dort zu stehen habe. Rahn erwiderte ihm ruhig, daß er auf einen Freund wartete. Darauf schrie ihn der Dorfverwaltende an, er habe gar nichts dort zu stehen, sonst würde er ihn sofort verhaften. Als der Mann sich dieses verbat, erklärte der Hüter des Gesetzes ihn für verhaftet und versetzte ihm mit einem langen Stock, dem Abzeichen seiner Würde, mehrere Stöße vor dem Unterleib. Rahn ging nach Hause, und als sich heftige Schmerzen bei ihm einstellten, die ärztliche Hilfe erforderten, wurde festgestellt, daß sich am Unterleib 15 Verletzungen voranden. In unmittelbarem Zusammenhange mit diesen Verletzungen war eine Bauchverletzung mittleren Grades zu konstatieren, die sich durch Darmaus-treibung zeigte. Am folgenden Tage mußte, da auch von der Harnblase aus krankhafte Erscheinungen in Gestalt völliger Urinverhaltung sich einstellten, die Blase mittels eingeführten Instruments entleert werden. Der Verletzte ist noch nicht wieder völlig hergestellt und empfindet beim Gehen schwerer Gegenstände Schmerzen im Unterleib. Nun aber das Typische! In einem Rechtsstaate würde gegen den Beamten ein Strafverfahren eingeleitet, anders aber in Preußen, speziell in Hinterpommern. Der Verletzte erhielt auf eine Anzeige des Nachtwächters ein Straf-mandat über 15 Mark! Natürlich hat der Mann Widerspruch erhoben, um in der Gerichtsverhandlung feststellen zu lassen, daß der Polizist seine Befugnisse über-treten habe. Ob dieser gute Mann sich nicht täuschen wird?

Das Ende eines Sozialistenstreffers. Nach zweitägiger Verhandlung wurde in Leipzig der frühere Gemeindevorstand Böhlke-Chrenberg bei Leipzig, Entschberger, wegen Verleitung zum Meißel zu einem Jahr vier Monaten Zuchthaus und drei Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. Entschberger hatte versucht, den Saugmann seines Ortes zu falschen Aussagen zu verleiten, um damit vor ihm begangene Unregelmäßigkeiten zu verdecken. Wegen dieser Straftaten, Amtsunterschlagung und Urkundenfälschung wird sich der Mann in einigen Wochen noch vor dem Schwurgericht zu verantworten haben. — Entschberger machte stark in Sozialistenkreise, eine gute Empfehlung für sächsische Gemeindevorstände. Er suchte sich auch noch mit einem solchen Trick vor Gericht zu helfen, indem er versicherte, er sei 16 Jahre von den Sozialdemokraten verfolgt worden.

Verurteilter Sattenmörder. Die „Königliche Zeitung“ meldet aus Koblenz: Das Schwurgericht verurteilte gestern nacht den Fabrikbesitzer Bengel-Kesselsheim wegen vorsätzlicher Tötung seiner Ehefrau durch Erdrückung zu sechs Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust.

Aus Nah und Fern.

Eine Köpenickstube in Leipzig. Im Rathaus zu Leipzig spielte sich gestern vormittag ein Vorkall ab, der lebhaft an die Tat des Hauptmanns von Köpenick erinnert. Gegen 12 Uhr mittags schlich sich ungelesen ein Einbrecher in den Plenarsaal des neuen Leipziger Rathauses. Er brach dort einen Schreibtisch auf und entnahm einer Handkassette, die sich darin befand, den Betrag von 10 Mark. Dann nahm er das Seitengewehr und den Mantel des Ratsdieners an sich, legte die Sachen an und verließ unerkannt den Saal. Auf der Treppe kam ihm ein Schreiber entgegen, der, als er den fremden Mann sah, Alarm schlug. Der Einbrecher versetzte darauf dem Beamten einen heftigen Schlag in die Magengegend, so daß er zusammenstürzte und in schwerverletztem Zustande in das Krankenhaus geschafft werden mußte. Von dem Täter fehlt bis jetzt jede Spur.

Explosionskatastrophe. Dienstag ereignete sich in der Feuerwerkskörperfabrik von Paul Senthburg in Weimar eine Explosion, bei der drei junge Mädchen getötet wurden. Der durch die Explosion verursachte Schaden wird vorläufig auf 10 000 Mk. geschätzt.

Attentat eines Schneiderlehrlings. Eine furchtbare Bluttat trug sich am Freitagabend im Hause des Schneidermeisters Stilling im Dorfe Sorlum bei Hildesheim zu. Als der Meister mit seiner 16jährigen Tochter und dem Lehrling am Tisch saß und las, sprang plötzlich der Lehrling vom Stuhl auf, zog einen Revolver aus der Tasche und feuerte auf den Meister und das junge Mädchen mehrere Schüsse ab, durch die beide schwer verletzt wurden. Die herbeieilende Meisterin wurde von dem Lehrling gegen eine Kommode geschleudert, worauf der Täter die Flucht ergriff. Die beiden Schwerverletzten wurden dem Hildesheimer Krankenhaus der barmherzigen Schwestern zugeführt. Der flüchtig gewordene Schneiderlehrling soll in Himmelsfürst verhaftet worden sein. Sein Lehrmeister hat eine Verletzung der Lunge und des Herzens davongetragen, während dessen Tochter mit einem Streifschuß am Kopf davontkam. Die Tat soll, so heißt es weiter, aus Rachhucht für eine kürzlich erhaltene Ohrfeige ausgeführt worden sein.

Grubenunfall. Der im Abteufen begriffene Schacht 5 der Zeche Holland bei Bochum ist am Dienstagabend unter der 5. Sohle eingestürzt. Es wurden 6 Schachthäuser dabei verschüttet; sie sind vollständig eingeschlagen. Bis 3 Uhr nachts war eine Verständigung mit ihnen noch möglich. Man versucht, zu den Verschütteten durch das Brechen eines seitwärts liegenden Schachtes vorzudringen. Ob dieses möglich sein wird, ist sehr fraglich, da der Schacht, in dem sich die Verunglückten befinden, 35 Meter tief ist, und diese 35 Meter können in der Zeit, wo die Leute noch leben würden, schwerlich erreicht werden. Andererseits ist ein Vordringen zu den Verschütteten in dem Schacht selbst so gut wie ausgeschlossen, weil die größte Gefahr besteht, daß noch weitere Massen nachstürzen. Die Rettungsarbeiten sind deshalb in erster Linie auf die Befestigung der gelockerten Erdmassen gerichtet. Der Einsturz ist durch das Nachgeben der sogenannten Fließschicht verursacht. Die Rettungsmannschaften sind der guten Zuversicht, daß das schwierige Werk der Bergung noch gelingt. Es ist eine Latensicherung in den Unglückschacht eingebaut worden, um ein weiteres Arbeiten von oben her ohne Gefahr für die Rettungsmannschaften zu ermöglichen. Ferner ist die Herstellung eines Querschlages in Angriff genommen worden. Dieser Querschlag muß eine Länge von 18 Metern erhalten und dürfte in vier Tagen fertiggestellt sein. Bis dahin werden die Verschütteten in ihrer Lage verharren müssen. Der Führer der eingeschlossenen verständigte die Rettungsmannschaft, daß seine Kollegen sich unter einen Mauerriegel gestützt haben. Die Gesteinmassen, die über dem Mauerriege lagern, haben eine Dicke von zwölf Metern.

Erstochen. Aus Eisen wird gemeldet: In der Gemeinde Schmidhorst wurden zwei Bergleute von unbekanntem Männern ohne jeden Grund überfallen. Einer wurde erstochen, der andere hoffnungslos verletzt.

Der Kampf gegen den staatsgefährlichen Kinder-gesang. Die Regierung verbietet dem Dirigenten des Arbeiter-Gesangvereins „Oyra“ in Köln auf Grund der Ministerialerlasse von 1884 und 1889 Gesangsunterricht an den Kinderchor fernerhin zu erteilen.

Überschwemmungen. Wie aus Stuttgart gemeldet wird, ist der Neckar so stark gestiegen, daß an verschiedenen Stellen schwere Überschwemmungen drohen. Aus Oberndorf wird gemeldet, daß dort das Neckartal einen einzigen See bildet. Ähnliche Meldungen liegen aus Horb und Biedingen vor. — Ferner wird aus Bern berichtet: Infolge der heftigen Regengüsse der letzten Tage sind in verschiedenen Orten der Kantone Valais, Waadt und Neuchâtel und im Berner Jura die Flüsse und Bäche über die Ufer getreten; es ist erheblicher Schaden angerichtet worden. Durch Erdrutschungen sind vielfach Verkehrsstörungen hervorgerufen worden.

Wertvolles „Altmaterial“. Der in der Mehrgasse 10 in Frankfurt a. M. wohnhafte Althändler Heinrich Raab entnahm am Donnerstag von der Reichsbank mehrere Säcke mit Makulaturpapier. Am Sonnabend vormittag erschienen Angestellte der betreffenden Bank in Begleitung eines Schutzmannes des 2. Reviers und verlangten die Durchsicht der mit der Makulatur gefüllten und noch nicht geöffneten Säcke. Da fand sich ein Paket mit 70 000 Mark in Zehnfünfen vor, die vermietet waren. Der Althändler erhielt 50 Mark und die Ermächtigung, demnächst von der Reichsbank einen ganzen Wagen Makulatur gratis abzuholen.

Ein Generaldirektor, der seine Freikarten verkauft. Unter der Überschrift: Ein peinlicher Zwischenfall in Dänemark, bringen die „Hamb. Nachr.“ folgende Notiz aus Kopenhagen: Der gegenwärtige radikale Minister des Innern B. R. Wundt hat festgestellt, daß der Generaldirektor der dänischen Post, Rörboe, der seit 1904 dieses Amt bekleidet, in jedem Jahre die ihm zustehende Freikarte für die Benutzung der Eisenbahnen veräußert hat. Rörboe übergab jedesmal seine Freikarte dem früheren Minister des Innern und ließ sich hierfür 900 Kronen zahlen. Rörboe rechtfertigt seine Handlung mit der Behauptung, daß der frühere Minister Christensen zugegeben habe, daß er, Rörboe, mit 900 Kr. Gehalt nicht auskommen könne. Der Generalpostdirektor hat einen längeren Urlaub angetreten, eine Untersuchung der Angelegenheit ist eingeleitet.

Aus Land gespülte Leichen. Außer zwei Leichen, die in den letzten Tagen bei Sütland ans Land gezogen wurden, sind Dienstag, wie aus Kopenhagen gemeldet wird, zwei weitere Leichen bei Thoremünde angetrieben worden. Die Leichen waren schrecklich verstümmelt. Der einen fehlten die Beine, der anderen der Kopf. Die Küstenbewohner erklärten, daß sich seit Menschengedenken nicht so viel Schiffsunfälle ereignet haben als bei dem letzten Sturm. Vor einigen Tagen ist ein Rettungsboot an den Strand getrieben, auf dem der Name Hamburg zu lesen war. Das Boot gehört ohne Zweifel dem Hamburger Schiffe „Geacua“ an. Ferner ist die große norwegische Bark „Holwege“ mit ihrer 30 Mann starken Besatzung untergegangen.

Durch das Einatmen giftiger Gase auf der Friedrichs-Grube in Rheinhausen wurden vier Arbeiter be-
 trübt. Sie stürzten aus einer Höhe von vier Metern ab.
 Drei von ihnen erlitten schwere Verletzungen; einer ist tot.
 Melweidverfahren gegen einen Pfarrer. Wie die
 liberale Presse mitteilt, ist gegen den katholischen Pfarrer
 Sester in Böhlerthal eine Untersuchung wegen Verletzung
 zum Melweid eingeleitet. Es handelt sich um einen Fall,
 ähnlich dem Fall Gaisert bei der Landtagswahl vor vier
 Jahren.
 Die Untersuchung über Coals Material. Das Univer-
 sitäts-Konfitorium in Kopenhagen hielt gestern vormittag
 eine Sitzung zur Verhandlung über den Bericht der Coals-
 Kommission ab. Durch diese wurden Coals Originals der
 Notizbücher als in allem Wesentlichen mit der Abschrift
 übereinstimmend erklärt, auf Grund deren die Univer-
 sität ihr Urteil abgab. Die Sache muß damit, soweit das bisher
 vorliegende Material in Betracht kommt, als abgeschlossen
 angesehen werden. Wie schon erklärt worden ist, ist nicht
 der geringste Beweis erbracht worden, daß Coals den Nordpol
 erreicht hat. Ebenfalls nicht aber gesagt werden, es ent-
 spreche einem entscheidenden Gegenbeweis. Das Resultat der
 Beratungen des Univeritäts-Konfitoriums wird nunmehr
 dem Vorsitzenden der Coals-Kommission zugestellt werden.
 Von den Verhandlungen zwischen diesem und dem Univer-
 sitäts-Direktor wird es dann abhängen, ob gegen Coals be-
 stehende des ihm verliehenen Ehrendoktor-Grades Schritte ge-
 nommen werden sollen.

Nicht Vergeltete getötet. In dem Kohlenbergwerk
 Hattorf bei Bellshill, Lancashire, wurden durch Absturz
 einer Förderseile acht Bergarbeiter getötet.
 Furchtbare Brandunglück. Gestern vormittag brach
 in einer Kleiderfabrik in Philadelphia ein Feuer aus.
 Mehrere Arbeiterinnen sprangen aus den Fenstern; dabei
 verunglückten drei Mädchen tödlich und zwölf mußten ins
 Krankenhaus gebracht werden. Wie es heißt, kamen
 viele Arbeiterinnen in den Flammen um.
 Schwerer Unglücksfall. Wie aus Stavanger gemeldet
 wird, wurden beim Brande einer Meierei auf Næderen
 durch den Einsturz eines Schornsteins, der den Giebel mit-
 riss, zwei Personen getötet und sechs schwer verletzt.
 Massenerhängung von Anarchisten. Aus Vigo in
 Spanien wird berichtet: Drei Anarchisten, die aus An-
 laß der Ermordung des Sekretärs des Polizeipräsidenten in
 Buenos Aires aus Argentinien ausgewiesen waren, wur-
 den hier bei ihrer Ankunft festgenommen und ins Gefängnis
 gesetzt.
 Das Strafenbahrungslid in Tiflis, über das wir
 gestern berichteten, hat nur ein Menschenleben gefordert. Da-
 gegen sind, wie jetzt festgestellt ist, 27 Personen schwer
 verletzt worden; vielen mußten die Beine amputiert
 werden.

Die Länge der deutschen Eisenbahnlinien, soweit sie
 zum Verein deutscher Eisenbahnerverwaltungen gehören, be-
 trägt nach dem Stande vom 1. Januar 86,888 Kilo-
 meter. Davon entfallen in Tausenden von Kilometern auf
 die preussisch-hessischen Staatsbahnen 87, die bayerischen 7,7,
 die sächsischen 3,3, die württembergischen und die Reichs-
 eisenbahnen je 2, die badischen 1,7, die mecklenburgische 1.
 Preußen hat also ungefähr fünfmal soviel Staatsbahnen wie
 Bayern, dieses zweimal soviel als Sachsen usw. In öster-
 reichischen und ungarischen Eisenbahnen gehören insgesam-
 tlich rund 98.000 Kilometer zum Verein, also ungefähr soviel wie
 die preussischen Staatsbahnen für sich allein. Von diesen
 sind wiederum Tausende von Kilometern österreichisch 19,7,
 ungarisch 17,8, gemeinsam 3,3. Von den ausländischen Ver-
 waltungen, die zum deutschen Verein gehören, sind 3241 Kilo-
 meter niederländisch, 3079 rumänisch usw. Das Netz der
 rumänischen Staatsbahnen ist nicht ganz so groß wie das
 sächsische. Von den niederländischen Bahnen sind die Staats-
 eisenbahnen die größten mit 1735 Kilometern, während die
 holländische Eisenbahn 1566 Kilometer hat. Zu diesen
 Bahnen kommen noch kleinere Verwaltungen, die an den
 Einrichtungen des Vereins teilnehmen, mit 1296 Kilometern.
 Sämtliche Bahnen des Vereins umfassen so 106.178 Kilo-
 meter. Im letzten Jahre sind 2331 Kilometer hinzuge-
 kommen.

Theater und Musik.

Im Neuen Stadttheater gelangte gestern nachmittag
 durch eine französische Schauspieltruppe Molieres Lustspiel
 „Der Geizige“ zur Aufführung. Es ist sicherlich inter-
 essant, das geistvolle Wort einmal in der Ursprache vorge-
 führt zu sehen; aber um dieses Interesse zu fesseln bedarf es
 besserer Künstler, als wir sie gestern sahen. Wie unendlich viel be-
 deutender ist der Harpagen des Herrn Fuchs als derjenige
 seines französischen Kollegen. Und bei den anderen Rollen fällt
 ein Vergleich auch nur zum Vorteil unserer wackeren Mimen aus.
 — Amends gelangte das „Weiße Rössl“ wieder einmal
 zur Aufführung und erzielte, dank der vortrefflichen humor-
 vollen Wiedergabe des Geschehe durch Herrn Fuchs lebhaft
 Beifall. P. L.

Schiffsnachrichten.

In Travemünde angekommen e Schiffe,
 Mittwoch, 19. Januar.
 D. Mla. Kapt. Vora, von Leith, in 3 Tg.
 D. Thor II. Kapt. Jørgensen, von Mafskov, in 8 St.
 D. Dlfec, Kapt. Eggert, von Kurillen, in 48 St.
 D. Bullan, Kapt. Nielsen, von Nyth, in 4 Tg.
 Von Travemünde abgegangene Schiffe.
 Dienstag, 18. Januar.
 D. Stadt Lübeck, Kapt. Beth, nach Danzig.

D. Wermund, Kapt. Verbohm, nach Gothenburg.
 D. Lübeck, Kapt. Lundin, nach Kopenhagen.
 Mittwoch, 19. Januar.
 D. Gyroff, Kapt. Davidson, nach Klenzburg.
 D. Rußland, Kapt. Hünemörder, nach Neval.
 Aurora, Kapt. Schloppe, nach Neustadt.
 D. Wagersborg, Kapt. Jørgensen, nach Kopenhagen.
 D. Luffe, Kapt. Niedermeyer, nach Riga.
 D. Britannia, Kapt. Stoll, nach Guden.
 D. Katharina, Kapt. Hansen, nach Kerteminde.
 D. Seccader, Kapt. Meus, nach Wismar.
 Schiffsbewegungen.
 D. Regle ist gestern morgen in Helsingfors ange-
 kommen.

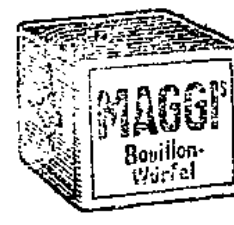
Handels- und Marktnachrichten.

Butter-Notierungen
 b. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein
 Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.
 Samburg, 19. Januar.
 1. Klasse 240 Drittel zu 131,62 Mk. im Durchschnitt.
 2. „ 24 „ „ 135,58 Mk. „ „

Literarisches.

Der deutsche Arbeiter und der Nationalismus. Im
 vorjährigen Sommer ging eine Artikelreihe über den Na-
 tionalismus und die Sozialdemokratie aus der Feder des
 Genossen Renner durch die österreichischen Parteiblätter. Das
 lebhafteste Interesse unserer Genossen für sie, das reiche Ziffer-
 material, das in ihnen verarbeitet und für die Agitation un-
 entbehrlich ist, die agitatorische Kraft der Arbeit haben die
 Volksbuchhandlung in Wien veranlaßt, diese Artikel ge-
 sammelt herauszugeben. Der Verfasser hat sie aus diesem
 Anlaß neu redigiert und durch einige Abschnitte ergänzt.
 Neu ist insbesondere der letzte Abschnitt „Vom Wesen und
 Geist der Internationale“, welcher das nationale Programm
 der Sozialdemokratie für Österreich im Einklang mit unseren
 alten bewährten Grundsätzen der Internationalität zeigt. So
 stellt sich das Büchlein als ein geschlossenes Ganzes, als eine
 kurze, sehr populäre Zusammenfassung der sozialdemokrati-
 schen Auffassung über die nationale Frage dar. Der Preis
 ist auf 60 Heller festgesetzt.
 Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwig.
 Verleger: L. H. Schwabe, Druck: Friedr. Meyer u. Co.
 Sämtlich in Lübeck.

Sie haben recht, wenn Sie bei Ihrem Kaufmann ausdrücklich **MAGGI'S** Bouillon-Würfel zu 5 Pfg. verlangen, denn sie sind die besten!



Nur echt mit dem Namen **MAGGI** und der Schutzmarke Kreuzstern!

Zu sofort ein freundliches, möbl.
 heizbares Zimmer zu vermieten
 Georgstraße 23, II.

Zum 1. April 2 Wohnungen
 im Preise von 180 und 160 Mk.
 Näheres beim Friseur
 Schwartauer Allee 96.

Gesucht zum 1. April
 eine Wohnung im Preise bis 220
 Mark. Off. u. A.P. an die Exped.

Häsenfelle
 Rein, Warber, Fuchs und Zitis,
 sowie Pferdehaare kauft zu den
 höchsten Preisen.
D. WAGNER, Oholstenstraße 3.

Fr. gelbe Chokolade,
 a. Sach. Mark 5.50; allerfeinste
 Wagner's, französische und
 Gesellschaftschokolade empfehle
 billigst frei Haus. — Wiederer-
 kauft Vorzugpreise.
**C. Heese, L. Jacobsen Nachf.,
 Meierstr. 26, T. 1440**

Wir empfehlen
 heute und folgende
 Tage

prima Füllenteich
 sowie sämtliche Parfümwaren in
 bester Güte.

Hera. Dose Robert Dose
 Hochglanzlack mit elektr. Betrieb.
 Berufsstraße 95.
 Sandstr. 62, Engelstraße 68.
 Marktstraße 2 und 1.

Die Arbeiter-Garderoben
 aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Otto Albers Kahlz.
 Markt 4 10
 sind vorteilhaft bekannt durch
 gute Verarbeitung u. sehr billige
 Preise. U. a.:
 Leberhosen - 2.20 - 6.45
 Hosenhosen - 2.50 - 6.75
 Schlafhosen - 1.88 - 5.25
 Überhosen - 1.88 - 5.25
 Jeans-Hosen - 1.68 - 4.25
 Leinwand-Jacken, Jacken u. gerade,
 1.28, Kragen, Hemden, Schlaf-
 hosen, Winterjacken, Wollmäntel
 ebenfalls billig. Kragen von 30
 Pf. bis 1.88 Mk. Kost. überaus.

So viel sparen Sie



wenn Sie von jetzt an morgens und nachmittags
 nur noch Kathrein's Malzkaffee trinken.

**Die Krankenpflege
 im Hause**
 als neunzehntes Heft der Arbeiter-
 Gesundheits-Bibliothek ist josten
 erschienen. Ein unentbehrlicher Rat-
 geber für jede Familie, da über Be-
 handlung der Kranken im allge-
 meinen, Einrichtung der Kranken-
 stube, Hilfeleistung, Lagerung und
 Reinhaltung des Kranken etc. wichtige
 Ratichläge gegeben sind.
 Preis 20 Pfg.
 Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Achtung Bauarbeiter!
 Die Mitglieder-Versammlung am
 Freitag, dem 21. d. M., fällt wegen
 des Röhle-Abends aus.
 Der Vorstand.
Panorama
 Breitenstr. 53, I., Pl.
 Interessante Reise durch das
Mittelmeer
 mit der Bergamungensnacht Thalia.

Inventur-Ausverkauf
Schuhwarenhaus F. Meyer, Kuxterdamm 2.
 Restbestände bis zur Hälfte herabgesetzt.

**Vortragskurse
 für Arbeiter.**
 Freitag, den 21. Januar 1910,
 abends 8 1/2 Uhr:
Sechster Röhle-Abend
 im „Gewerkschaftshaus“
 Johannisstraße 50-52.
 Eintrittskarten sind am Eingang zu
 haben.
 Zu zahlreicher Beteiligung ladet
 ein
 Die Kartellkommission.
 Der Vorstand des Sozialdemo-
 kratischen Vereins.

Café Central.
 Helles Bier 15 Pf.
 Münch. Bier 20 Pf.
 Echt Pilsen. 25 Pf.
 Täglich Konzert
 von 9-2 Uhr:
 Quintett Stramm
 Am Klavier:
 Th. Kaufmann.
Stadthallentheater.
 Freitag, 21. Jan. Abends 8 Uhr.
Siebesliffen (Cethe).
 Schwank von R. Gobbin.
 Vorverkauf täglich in den bekann-
 ten Stellen bei Nagel, Markt 14, und
 Ros. Kohlmarkt 18.

Apfelsinen, süße Früchte
 1 Dbd. = 75 Pfg.
 1 Dbd. = 40 Pfg.
 Adler-Drogerie Schwartau
 Hemming von Minden Nachf.
 Inh.: Robert Tern.

Hansa-Theater.
 Täglich 8 1/4 Uhr:
 Heute Donnerstag
 zum vorletzten Male:
**Des Riesenerfolgs
 halber prolongiertes
 Gastspiel**
**Donnerwetter
 tadellos.**
 Gr. hum. Ausst.-Revue in 8 Bildern
 mit Ges. u. Ball. v. Julius Freund.
 Musik von Paul Lincke.
3 große Balletts
 Eine wahre Pracht an
 glänzender Ausstattung
 u. feenhaften Lichteffekten.
 Sonnabend zum ersten Male:
Manöverkind u. Vogelballett

Neues Stadttheater.
 Freitag, 21. Jan. 7 1/2 Uhr.
 Boll-Ab. 109. Freitag-Ab. 18.
Der Troubadour.
 Große Oper von G. Verdi.
 Sonnabend, 22. Januar. 7 Uhr.
 Gastspiel des Kgl. Kammerjägers
Alois Pennarini
 vom Hamburger Stadttheater.
Siegfried.
 Musikdrama von Wagner.